Einzelpreis 15 Pf. Halle, Dienstag, den 23. September 1919. 30. Jahrgang • Nr. 223.

Verlag u. Geschäftsstelle: Halle (Saale), Harz 42-44. Fernruf 1047. Geöffnet von 7½ Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags. Postscheckkonto: Leipzig 1616.

Volksblatt

Schriftleitung: Halle (Saale), Harz 42-44. Fernruf 1045. Sprechzeit: Nur werktags von 12 bis 1 Uhr mittags.

Sozialdemokratisches Organ für Halle und den Bezirk Merseburg.

Bezugspreis: Frei Haus monatl. 1,75 Mk., vierteljährl. 5,25 Mk.; durch die Post bezogen monatl. 1,75 Mk., ohne Zustellungsgebühr.

Erscheint jeden Werktag nachmittags. Anzeigen bis morgens 9 Uhr erbeten, größere tags vorher.

Anzeigenpreis: 20 Pf. für den Millimeter Höhe u. Spalte; 60 Pf. für Reklame, anschließend an den dreigespaltenen Textseitenteil.

Gegen den Gewaltfrieden!

Eine Kundgebung italienischer Sozialisten.

Nachdem die französischen Sozialisten mit aller Entschiedenheit den Kampf gegen den Versailler Friedensvertrag aufgenommen haben, tritt auch die italienische Sozialdemokratie energisch für die Ablehnung des Friedensvertrages in der Kammer ein. Ein Telegramm des amtlichen Telegraphen-Bureaus Stefani berichtet darüber folgendes:

Die sozialistische Minderheit der parlamentarischen Kommission, die mit der Prüfung des Versailler Vertrages beauftragt ist, hat der Kammer ein vom Deputierten Modigliani verfaßtes Memorandum eingereicht. Sie führt aus, daß die Sozialisten, die von jeher Gegner des Krieges waren, beim Vertragsabschluß nicht mithelfen könnten. Wenn die Sozialisten die Macht besäßen, würden sie vielmehr den Vertrag zunichte machen. Das Memorandum hebt hervor, daß Italien die kühne Tat unternehmen und sich zur Initiantin der Revision des Vertrages machen sollte, dies um so mehr, da Italien gegen jeden Solidaritätssinn in der Reihenfolge der Wiedergutmachungen an letzter Stelle steht.

Italien wurde gezwungen, alle Vorrechte in der Verteilung aller notwendigsten Rohmaterialien fahren zu lassen. Es mußte zusehen, wie die Territorien und die Wiedergutmachungen der Besiegten andern zugeteilt wurden. Das Recht der Selbstbestimmung und der Unabhängigkeit der Völker ist vergewaltigt worden. Der schon lange herbeigesehnte Völkerbund ist nichts anderes geworden als ein Kompromiß zwischen einigen Imperialisten auf der einen Seite und der ganzen übrigen Menschen auf der andern. Wenn nicht alle Nationen, vor allem die Besiegten, dem Völkerbunde beitreten und die Entwaffnung nicht garantiert ist, was nützt dann ein Völkerbund? Die sozialistische Parlamentsgruppe will, indem sie der Kammer beantragt, den Vertrag abzulehnen, nicht die Zustimmung der Kammer zu ihren Prinzipien erlangen, sondern sie möchte, daß das italienische Parlament proklamierte, daß Italien vor allen anderen Nationen das Recht hat, mit dem Ergebnis des Krieges nicht zufrieden zu sein.

Trotz der Konzessionen, die in der obenstehenden Erklärung den Anschauungen der bürgerlichen Parlamentsmehrheit gemacht worden sind, geht aus ihr doch der entschiedene Wille der italienischen Sozialisten hervor, durch Ablehnung des Friedensvertrages eine Revision des Versailler Friedens herbeizuführen. In viel schärferer Weise als dies in der Erklärung der sozialistischen Kommissionsminderheit zum Ausdruck kommt, spricht die gesamte sozialistische Presse Italiens ihre Empörung über den Versailler Frieden aus. Die italienischen Sozialisten, die italienischen Arbeiter sind sich darin einig, daß sie den entschiedensten Kampf gegen diesen Friedensvertrag aufnehmen müssen und daß die Erringung der politischen Macht für sie gleichbedeutend ist, mit der sofortigen Aufhebung des Gewaltfriedens von Versailles und St. Germain.

Nur mit dem Siege des internationalen Proletariats, der die Zukunft der Welt in sich trägt, wird der Gewaltfrieden von Versailles beseitigt und auch dem deutschen Proletariat der Weg zum endgültigen Siege über den Kapitalismus eröffnet werden.

Die Friedensverhandlungen abgebrochen.

Helsingfors, 22. September. Die Friedensverhandlungen in Pskow zwischen Estland und Sowjetrußland sind abgebrochen worden. Die estnischen Delegierten kehrten nach Reval zurück. Die Ursache hierzu ist die Forderung Estlands gleichzeitig Verhandlungen zwischen den anderen baltischen Staaten und Rußland aufzunehmen. Die Verhandlungen werden nicht wieder aufgenommen werden, bevor nicht die Antwort dieser Staaten eingegangen ist.

•

Amsterdam, 22. September. Aus Petersburg wird gemeldet, daß die Sowjetregierung beschlossen hat, mit den Ententemächten auf der von diesem aufgestellten Grundlage in Verhandlungen einzutreten.

Der Brandherd in Fiume.

Die Gefahr für die italienische Regierung.

United Preß berichtet, daß in den Pariser Konferenzkreisen d'Annunzio als Meuterer betrachtet werde. Gleichwohl habe der Oberste Rat beschlossen, in der Fiume-Angelegenheit nicht einzuschreiten, es sei denn, daß die italienische Regierung sich zur Regelung der Angelegenheit als unfähig erweise.

Die italienische Regierung hat den Kommandanten der 8. Armee, Robilant, seines Postens enthoben, weil er nicht rechtzeitig Maßregeln zur Abwehr des Handstreichs auf Fiume ergriffen hatte. An seine Stelle tritt der Admiral Cagni. Immer neue Truppenteile treten zu d'Annunzio über. Trotz der Blockade wird Fiume von benezischen Häfen aus mit allem Möglichen versorgt. In einem Aufruf an die Venezier, den Corriere della Sera wiedergibt, bezeichnet d'Annunzio sich als obersten Führer sämtlicher Truppen und Schiffe in Fiume und fordert die Venezier auf, sich ihm anzuschließen und das Joch der italienischen Regierung abzuschütteln.

Corriere della Sera beschwört d'Anunzio, von seinen Unternehmungen abzulassen, die zum Bürgerkriege führen müssen. — Die Parteileitung des Gewerkschaftsverbandes erklärt, die jetzigen Ereignisse seien eine Episode des großen Kampfes, den der italienische Militarismus und die italienische Schwerindustrie zur Behauptung ihrer Stellung führten.

Wie ferner dem B. T. aus guter Quelle gemeldet wird, steht im Zusammenhange mit dem neuerwachenden Nationalismus der Italiener in der Fiumefrage auch die Absicht, in Italien vorübergehend eine Militärdiktatur zu errichten zur „Säuberung" des Landes von allen extremen sozialistischen, bolschewistischen und revolutionären Elementen. Der Herzog von Aosta soll an der Spitze dieser Bewegung stehen

Der rechtssozialistische Zeitungsraub in Braunschweig.

Braunschweig, 22. September. Der unabhängige Volksfreund ist heute von Reichswehrtruppen besetzt und den Rechtssozialisten ausgeliefert worden. Haus und Umgebung sind von Truppen und Einwohnerwehr besetzt.

Im Zeitungsrauben haben die Regierungssozialisten Uebung. Sie haben sie während des Krieges erlangt, wo sie unter dem Schutz und mit Hilfe des Belagerungszustandes der Unabhängigen Sozialdemokratie eine ganze Reihe ihrer Blätter raubten. Auch beim Hallischen Volksblatte haben ja die Thielemänner mit Herrn Herzig als Vorspann einen Raubversuch gemacht. Der saubere Plan scheiterte hier allerdings und alles, was seine Macher dabei ernteten, war nichts als Spott und Schande.

In Braunschweig hatten die regierungssozialistischen Zeitungsräuber zunächst mehr Erfolg, als sie sich am 4. April 1917 des dortigen Volksfreundes bemächtigten. Der Volksfreund wurde vor etwa 10 Jahren von der Braunschweiger Arbeiterschaft in Form einer offenen Handelsgesellschaft gegründet. Als Firmenträger wurden damals die Genossen Rieke, Ohlendorf und Stegmann bestellt. Durch die Kriegspolitik und der Rechtssozialisten spitzten sich auch in Braunschweig die Gegensätze immer mehr zu. Die Redaktion war gegen die Kriegspolitik und den Kriersozialismus. Durch allerhand Machinationen verstanden die Mehrheitssozialisten den linksstehenden Stegmann durch Gerichtsbeschluß als Firmenträger auszuschließen und dafür das Mitglied des Parteivorstandes Otto Braun einzuschieben. Sie warfen dann einfach die bisherige Geschäftsleitung und Redaktion auf die Straße und setzten eine regierungssozialistische ein. Es handelte sich also um dieselbe Gemeinheit, wie beim Vorwärtsraub. Denn in moralischer Hinsicht bestand nicht der geringste Zweifel, daß die Parteiorganisation, die wirkliche Eigentümerin des Blattes, ihr Organ in unabhängigem Geiste von der alten Redaktion fortgeführt wissen wollte.

Bei Ausbruch der Revolution konnte die Braunschweiger Arbeiterschaft wieder Besitz von ihrem Blatt ergreifen. Als im April 1919 der General Maercker mit seinen Regierungstruppen einzog, glaubten die Mehrheitssozialisten ihre Zeit für gekommen und verlangten eine Aussprache mit unserer Partei. Ein Verständigungsversuch unserer Braunschweigischen Genossen mißlang, da ihr Vorschlag, die bestehende Genossenschaft soweit auszubauen, daß zwei Blätter, ein rechtssozialistisches und ein unabhängiges, hergestellt werden könnten, von den Rechtssozialisten abgelehnt wurde. Später lehnten die Rechtssozialisten alle Verhandlungen ab, und nun haben sie auf Grund des alten Gerichtsbeschlusses sich das Blatt mit Hilfe der Reichswehr wieder angeeignet. Der Blätterraub bildet in der schmählichen Geschichte des Rechtssozialismus wohl eines der schändlichsten Kapitel. Die Braunschweiger Tat zeigt wieder einmal, daß die Leute sich nicht geändert haben. Sie offenbart aber auch weiter die ganze erbärmliche Heuchelei dieser Scheinsozialisten. Sie reden von der „vollendetsten Demokratie" und geifern gegen die Diktatur des Proletariats an. In Wirklichkeit aber treiben sie samt ihrem Noske und seinen Söldnern ganz offen Diktatur. Der Gewaltakt in Braunschweig ergänzt nur diese Tatsache.

Die Gärung im Elsaß.

Nach Meldungen französischer Zeitungen dauern die Unruhen in Metz weiter an. Infolgedessen wird der verschärfte Belagerungszustand über Metz und Vororte noch aufrechterhalten. In der Nacht zum 19. September fanden tätliche Angriffe auf Militärpersonen statt, wobei ein Franzose getötet und mehrere verwundet wurden.

Aus Straßburg wird gemeldet: Die französische Regierung hat sich infolge des Unwillens, den die Nachricht über die Einstellung der jungen Elsaß-Lothringer in die französische Armee innerhalb Elsaß-Lothringen ausgelöst hat, veranlaßt gesehen, amtlich folgende beruhigende Nachricht zu verbreiten: Die wichtige Frage der Einberufung wird gegenwärtig näher geprüft. Es ist verfrüht, über die Bestimmungen, unter denen sie verwirklicht werden soll, irgendwelche Voraussagen zu machen. Ein Beschluß hierüber ist noch keineswegs gefaßt worden.

•

Zu einem schweren Zusammenstoß zwischen Saarbrückener Bürgern und französischen Soldaten kam es an einem der letzten Abende. Es gab auf beiden Seiten zahlreiche Verwundete. Die Zivilisten zogen den Kürzeren, da französische Gendarmerie einschritt und etwa 15 deutsche Bürger wegen Angriffe auf französische Militärpersonen verhaftete.

„Katastrophenhausse."

Zunächst ein paar Tatsachen. Während sich Deutschland unter dem furchtbaren Paragraphen des Versailler Friedens windet, herrscht an den deutschen Börsen eine Hochkonjunktur, die alles unter der kapitalistischen Ordnung bisher Dagewesene in den Schatten stellt. Die berüchtigte Gründer- und Schwindelperiode von 1873 verhält sich, wenn man lediglich an das Ausmaß denkt, zu den heutigen Verhältnissen auf diesem Gebiet, wie etwa der Krieg von 1870-71 zum Weltkrieg. Heute rollen Millionen, wo es früher um Hunderttausende ging. Auch die Kursbewegung läßt jeden früheren Maßstab hinter sich. Kurssteigerungen von 50 v. H. innerhalb weniger Minuten bildeten eine alltägliche Erscheinung. Ein Papier, die Anteile der Pomona-Diamantengesellschaft, einem deutschen Kolonialunternehmen, ist in wenigen Tagen um 3000 v. H. gestiegen. An einer Aktie im Nennwerte von 300 Mk. hat also der glückliche Spekulant in dieser kurzen Zeit 9000 Mk. Gewinn einstreichen können. Die Leichtigkeit, mit der an der Börse jetzt täglich Vermögen verdient werden, ist natürlich ein ungeheurer Ansporn für immer weitere Kreise geworden, sich daran zu beteiligen. Die „Bankhalter" können sich der Zahl der Aufträge kaum noch erwehren und sie verdienen im Schweiße ihres Angesichts täglich Riesensummen allein am „Kartengeld", d. h. an den Gebühren, die sie für die Vermittlung von Börsenaufträgen vereinnahmen.

Im Mittelpunkt des Börsentreibens stehen die sogenannten Auslandswerte. Die Vorliebe für diese Papiere erklärt sich aus der furchtbaren Entwertung, die die Reichsmark im Ausland erfahren hat. Je mehr der Preis der Mark zurückgeht, um so wertvoller werden die englischen Pfunde, die französischen Franken, die Dollars usw., damit zugleich die Papiere, die in diesen Währungen ausgestellt sind. Es ist also in Wirklichkeit das Unglück Deutschlands, auf dem sich diese gewinnbringenden Spekulationen aufbauen. Je niedriger der Markkurs, um so reicher die Ernte. Nun könnte man freilich sagen, die Börse sei nicht für diese Entwertung der Mark verantwortlich, sondern sie mache nur von ihrem Recht Gebrauch, die daraus sich ergebenden Vorteile auszunutzen, so wie z. B. die Roßschlächter gute Tage haben, wenn die Pferde aus Mangel an Nahrung geschlachtet werden müssen. Dem ist beizupflichten. Es handelt sich hier auch nicht um die Moral der Börsenbesucher, sondern um die verbrecherische Unfähigkeit unserer Regierung, welche es zuließ, daß diese Milliardengewinne von der Börsenspekulation eingeheimst werden, statt sie den Einfuhrbedürfnissen der Gesamtheit nutzbar zu machen.

Jeder Mensch von normalem Verstand weiß heute, daß Deutschland zugrunde gehen muß, wenn es nicht imstande ist, das Manko an Lebensmitteln, das durch die unzureichende inländische Erzeugung entsteht, im Ausland zu decken und wenn es ferner nicht gelingt, sich in den Besitz gewisser ausländischer Rohstoffe zu setzen, die unsere Industrie unbedingt gebraucht. Nun ist allmählich die Mark im Ausland auf einen Tiefstand gesunken, der die Einfuhr dieser dringend benötigten Waren in unerträglicher Weise verteuert. In Holland wurde gestern die Mark nur noch mit 8.75 Cents bewertet, was einem Preis von ungefähr 15 Pf. oder dem siebenten Teil des früheren Wertes entspricht. Unter diesen Umständen rückt die Zeit in bedrohliche Nähe, wo wir einfach nicht mehr imstande sind, die Mittel für die Einfuhren aufzubringen. Dieser Entwicklung gegenüber hat es die Regierung an der allergewöhnlichsten Voraussicht fehlen lassen. Sie wiederholt bis zum Ueberdruß, daß es Schuld der Arbeiter sei, daß nicht eine genügende Menge von Ausfuhrgütern hergestellt wird, die die Bezahlung der Einfuhrgüter erlauben würde. Niemals hat es einen dreisteren Versuch gegeben, die Aufmerksamkeit von der eigenen Schuld abzulenken. Tatsächlich haben wir noch ein Zahlmittel, das uns gestatten würde, die Einfuhren zu erträglichen Preisen zu erhalten. Es besteht in ausländischen Wertpapieren, von denen sich, wie die Umsätze an den deutschen Börsen beweisen, noch heute, trotz Kapitalflucht, Riesenbeträge im Inland befinden müssen. Sie zu beschlagnahmen, wäre schon vor vielen Monaten ein Gebot der Selbsterhaltung für das deutsche Volk gewesen. Wir konnten dies mit vollem Recht tun, wie sich auch die Allgemeinheit das Recht zuspricht, dem Landwirt die freie Verwertung seiner Erzeugnisse abzusprechen. Statt dessen hat man es für zweckmäßiger gehalten, diese ausländischen Papiere der Börsenspekulation zu belassen, die davon den ihr angemessenen Gebrauch macht, d. h. sie in die Höhe zu treiben, in demselben Verhältnis, wie das deutsche Geld an Ansehen und Kaufkraft im Auslande verliert.

Der simple Verstand wird nun fragen, wie ist es möglich, daß eine Regierung derartig von allen guten Geistern verlassen sein kann? Wenn sie selbst so unfähig ist, die Erfordernisse des Tages nicht zu erkennen, so hätte sie sich doch von Sachverständigen unterrichten lassen können. Demgegenüber muß leider festgestellt werden: Gerade, weil die Regierung diesen Fragen so verständnislos gegenübersteht, ist sie um so mehr den Einflüssen der sachverständigen Interessenten, das sind in erster Reihe die Vertreter der Großbanken, ausgesetzt. Deren Macht ist in der Tat jetzt größer, als jemals unter der früheren rein bürgerlichen Regierung.

Die ganze Verständnislosigkeit der Regierung hat sich eben erst in einer wahrhaft drastischen Weise enthüllt. Dieser Tage wurde amtlich erklärt, eine Beschlagnahme der ausländischen Wertpapiere sei nicht in Aussicht genommen, da die Regierung bisher nicht einmal die Möglichkeit gehabt hätte, die schon vor Jahresfrist beschlagnahmten Beträge im Ausland zu verwerten. Dabei wird in den Berichten der Handelszeitungen als Grund der Aufwärtsbewegung der letzten Zeit täglich angegeben, daß das Ausland wieder große Kaufaufträge für diese Papiere erteilt habe. Nun kann man vielleicht der Meinung sein, daß die Regierung nicht verpflichtet

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219190923-12/fragment/page=0001

rst diese Börsenberichte zu lesen, aber aus einer weiteren Bekanntmachung der letzten Tage geht hervor, daß ihr die ausländische Verwertungsmöglichkeit dieser Papiere wohl bekannt ist. Sie hat nämlich soeben eine während des Krieges ergangene Verordnung, wonach die Anteile deutscher Kolonialgesellschaften nicht an einen Ausländer verkauft werden dürften, aufgehoben. Diese Maßnahme wäre vollkommen unverständlich, wenn man nicht eben die Verwertung dieser Papiere im Ausland für möglich hielte. Die Börse hat diese Freigabe mit einer neuen, alles bisherige hinter sich lassende Kurstreiberei beantwortet. Denn nunmehr ist ja jede Beschränkung für die Ausfuhr dieser Papiere und damit die Ausnutzung der hohen ausländischen Valutenkurse gefallen. Neue Milliardengewinne sind der Börsenspekulation in den Schoß gefallen und in dem gleichen Verhältnis müssen sich die Kosten der Einfuhren erhöhen, die mit dem Gegenwert dieser ins Ausland geschafften Papiere bezahlt werden.

Und die Bewegung geht anscheinend noch immer weiter. Die Börse hat ein unerschütterliches Vertrauen zur Regierung, daß man sie in einer bemerkenswerten Anwandlung von Selbsterkenntnis die derzeitige Bewegung eine „Katastrophenhausse" genannt. Sie fühlt also, daß ein Fortschreiten auf dieser Bahn notwendigerweise zu einem allgemeinen Zusammenbruch führen muß. Was aber tut die Regierung? Während das Haus schon in hellen Flammen steht, beruft sie einen Sachverständigenrat ein, der über das beste System von Feuerspritzen beraten soll.

(Aus der Freiheit.)

Die Streikbewegung.

Der Kampf in der Berliner Metallindustrie

zieht allmählich immer größere Kreise. Neue Teilstreiks sind ausgebrochen in den Deutschen Telephonwerken, Niederschöneweide, bei Richard Weber, Kottbuser Straße, und bei Schwartzkopff, Scheringstraße. Bei Pintus-Armaturen, Gr. Frankfurter Straße, ruht der ganze Betrieb.

Die Beratungen der heute abend stattfindenden Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes werden für den weiteren Verlauf der Bewegung von entscheidender Bedeutung sein.

Nach einer W. T. B.-Meldung hielten die Vertrauensleute und Obmänner der Metallindustrie gestern abend eine mehrstündige Sitzung ab, in der einstimmig beschlossen wurde, den Metallarbeitern den Generalstreik zu empfehlen. Morgen soll in allen Betrieben eine Abstimmung vorgenommen werden. Der Leiter der 15er Kommission Rosch gab in einem Referat ein Bild von der allgemeinen Lage und sprach die Hoffnung aus, daß morgen der Generalstreik ausgeführt werden wird.

•

Seemannsstreik in Hamburg.

Der Deutsche Seemannsbund in Hamburg beschloß, zugunsten der Seeleute in Bremen und anderen Orten an der Weser, die in den Ausstand traten, weil von ihnen die Verrichtung der Arbeiten der streikenden Hafenarbeiter verlangt wurde, in einen Sympathiestreik zu treten.

Die Hamburger Seeleute entschlossen sich hierzu vor allem deshalb, weil in Bremen der Kapitän des Hamburger Sloman-Dampfers Florenz trotz des Streiks Mittel und Wege gefunden hatte, die Ausfahrt des Dampfers zu sichern. Um für die Zukunft diese Möglichkeit zu vereiteln, wurde auch verlangt, daß die alte Seemannsordnung durch neue Bestimmungen ersetzt werde.

Bergarbeiterstreik in Lothringen. Nach einer Depesche des Expreßlor aus Metz beschlossen gestern die Bergarbeiter Lothringens, in den Streik zu treten.

•

Der amerikanische Stahlarbeiterstreik.

Neuyork, 22. September. Der sich über das ganze Land erstreckende allgemeine Stahlarbeiterstreik hat um Mitternacht begonnen. Meldungen aus Pittsburg, Chikago, Cleveland und anderen Orten besagen, daß Tausende die Arbeit niedergelegt haben.

Der Streik wird etwa 600 000 Mann umfassen. Außerdem gibt es noch wichtige Gruppen unabhängiger Arbeiter, die sich jetzt den großen Verbänden angeschlossen haben. Alles weist darauf hin, daß der Streik bis zum Ende durchgeführt werden wird und daß eine vollständige Lahmlegung der Stahlindustrie nicht ausbleiben kann.

Die Hauptpunkte des Konfliktes sind die folgenden Wünschen der streikenden Metallarbeiter zu suchen: Abschluß eines Kollektiv-Abkommens, das den Achtstundentag und die sechstägige Arbeitswoche vorsieht, Abschaffung des durchgehenden Vierundzwanzigstundentages, feste Löhne, die höher sein müssen als die jetzigen. Der Hauptpunkt des Konfliktes ist jedoch, daß fortan eine Neuregelung in der Stahlindustrie eingeführt werden soll, die darauf hinausläuft, daß die organisierten Arbeiter nicht mehr, wie dies bisher der Fall war, mit nichtorganisierten Arbeitern zusammenzuarbeiten brauchen. Der Präsident der Steel Corporation hat sich besonders gegen dieses Verlangen ausgesprochen und erklärt, daß die Erfüllung dieser Forderung einen sehr ungünstigen Einfluß auf die Stahlindustrie haben müßte.

Amsterdam, 22. September. (W. T. B.) Nach Meldung der Times aus Neuyork werden sich 100 000 Arbeiter den heute in den Ausstand getretenen Metallarbeitern anschließen, wodurch die gesamte Industrie werde lahmgelegt werden. Von seiten der Steel Corporation wird jedoch versichert, daß nicht mehr als 35 Prozent der Arbeiter der Aufforderung, die Arbeit niederzulegen, Folge geleistet hätten.

•

Streik der Buchdrucker in Norwegen.

Kopenhagen, 22. Sept. Nach einem Telegramm aus Christiania sind die Verhandlungen im Buchdruckgewerbe gescheitert, so daß heute der Streik der Buchdrucker ausbrechen wird. Es kommen im ganzen etwa 6000 Angestellte der Druckereibetriebe in Betracht, doch haben mehrere andere Arbeiterkategorien sich zum Sympathiestreik bereit erklärt, so daß man mit der Arbeitsniederlegung von etwa 50 000 Mann rechnen muß.

Bürgerlicher Zeitungsschwindel.

In der letzten Zeit häufen sich in auffälliger Weise allerlei Meldungen über dunkle Putschpläne der Kommunisten und Unabhängigen für den kommenden Winter, vermischt mit solchen, die über schon jetzt unternommene und vereitelte Anschläge berichten. So liegen z. B. die folgenden sensationellen Nachrichten vor:

Die Münchener Neuesten Nachrichten berichten über eine „Gebeimkonferenz revolutionärer Kommunisten deutscher und russischer Nationalität in Hof, auf der das „Kampfprogramm für den Winter" festgelegt werden sollte. Für eine planmäßige Vorbereitung einer großangelegten Umsturzbewegung seien Generalstreik in den Industrien, Zerspliterung und Entwaffnung der Reichswehr und der Sturz der demokratischen Regierung zugunsten einer kommunistischen Räteregierung geplant. In Leipzig (!) sollte die Zentralleitung eingesetzt werden, die später mit der Zentralstelle in Braunschweig zusammenarbeiten sollte.

Düsseldorf, 22. September. Bürgerliche Blätter melden: Die Spartakisten (!) hatten hier für die vergangene Nacht einen Putsch (!) geplant. Die Düsseldorfer Militärbehörde hatte genaue Kenntnisse von diesem Plan erhalten, nach welchem die Insassen des Gefängnisses befreit, die Garnison überrumpelt und die wichtigsten Punkte der Stadt besetzt werden sollten. Es waren umfassende Gegenmaßnahmen getroffen. Die Nacht ist aber ohne Zwischenfall verlaufen. Die Militärbehörde beurteilt jedoch die Lage nach wie vor als ernst.

Das Tollste ist aber die folgende Meldung, die von den Leipziger Neuesten Nachrichten brühwarm weitergegeben wird:

Einer Meldung der Hamburger Nachrichten zufolge fand Anfang September hier eine Zusammenkunft kommunistischer Vertrauensleute statt, an der auch ein russischer Agitator namens Dr. Lewandowski teilnahm. Dieser gab verschiedene Richtlinien für das weitere Verhalten der Kommunisten. Es wurde für wünschenswert erklärt, um zu der Diktatur des Proletariats nach russischem Muster zu kommen, alle bisher angestellten Putschversuche aufzugeben. Man hofft, bis zum Januar das Volk durch Kohlennot, Arbeitslosigkeitund Hunger reif zur Revolution zu machen. In den Kreisen der Kommunisten hofft man ferner auf die heimkehrenden Kriegsgefangenen, deren seelische Depression man besonders für die Bearbeitung ausnutzen will. Das Verhalten zu den Regierungstruppen soll geändert werden. Das Schimpfen soll eingestellt, dafür ein freundschaftlicher Verkehr angebahnt werden. Zur Bearbeitung der Regierungstruppen sollen auch Mädchen verwendet werden. Die Wirtschaftsbesitzer sollen veranlaßt werden, Getränke an die Regierungstruppen unter Preis zu verkaufen. Der Preisunterschied wäre von der kommunistischen Parteikasse zu zahlen. Auch Waffen und Munition sollen reichlich verausgabt werden. Angestrebt wird ferner eine umfangreiche Agitation in den Munitionsfabriken, um die Arbeiter zu veranlassen, für die Regierungstruppen keine oder unbrauchbare Munition herzustellen.

Dümmeres, als diese Geschichte ist wohl nicht auszudenken — wer diese ausgefallene Blödelei über die Verbilligung der Getränke für die Moskeleute durch die kommunistische Parteikasse ernstnehmen kann, der muß schon zu den allerharmlosesten politischen Anschauungen gehören. Aber das hindert das „Blatt des Leipziger Bürgertums" ebensowenig wie das Hamburger Bourgeoisorgan daran, den horrenden Unsinn zu verbreiten und mit todernster Miene Bemerkungen über die Gefährdung der Ordnung und die Pflicht der Regierung zur Rüstung wider die große Gefahr zu machen. Das ist der Zweck des Schwindels. Das Bürgertum soll verängstigt und die Notwendigkeit der Reichswehr soll erwiesen werden. Dazu ist jedes Mittel recht. Die zahlreichen Spitzel der Regierung, die ihre Unentbehrlichkeit beweisen müssen, liefern das nötige Material dafür, und daß es ihnen nicht an der nötigen Phantasie und Gewissenlosigkeit fehlt, zeigen die Meldungen zur Genüge. Sie verfolgen neben anderen Zwecken offenbar auch den, die Aufmerksamkeit von den gegenrevolutionären Treibereien der Offiziere abzulenken. Die Oeffentlichkeit der urteilsfähigen Leute wird die immer erneut auftauchenden Alarmmeldungen richtig einzuschätzen wissen.

Für die Nationalisierung der Bergwerke.

Haag, 22. September. (W. T. B.) Der Nieuwe Rotterdamsche Courant meldet aus Cleveland (Ohio), daß der Konvent der vereinigten Bergarbeiter Amerikas sich mit über wältigender Mehrheit für die Nationalisierung der Bergwerke ausgesprochen hat. Die Konferenz verlangte weiter, daß die Bergarbeiter in der Verwaltung der Bergwerke vertreten sein müßten. Sie unterstützte weiter den Antrag auf Verstaatlichung der Eisenbahnen.

Diktatur Noske?

Die Tägliche Rundschau hat in ihrer Sonnabend-Abendausgabe die Nachricht verbreitet, daß zurzeit umfassende Vorbereitungen für die Aufrichtung einer Diktatur Noske betrieben würden. Das alldeutsche Blatt knüpft daran die Bemerkung, daß eine Diktatur Noskes eine Militärdiktatur bedeuten würde.

Die Meldung hat bei der Regierung eine hitzige Entrüstung ausgelöst, sie auch zugleich als große Frivolität bezeichnet, und die Tägliche Rundschau erhielt dafür eine ernstliche Verwarnung. Das alldeutsche Blatt hat sich durch diese Verwarnung aber nicht einschüchtern lassen; es bleibt bei seiner Behauptung und will insbesondere noch wissen, daß Herr Noske wegen der Aufrichtung einer Militärdiktatur bereits schon Verbindungen mit der Entente angeknüpft habe. Auch die schwerindustrielle Deutsche Zeitung behauptet, daß ihr ähnliche Meldungen vorliegen. Es handle sich um die Aufrichtung eines Triumvirats, einer Dreimännerherrschaft Noske-Heine-Südekum. Ueberflüssig zu sagen, daß die alldeutsche Presse mit einer Diktatur Noskes keineswegs zufrieden ist. Sie hofft auf noch bessere Zeiten und empfiehlt daher ihren Anhängern, Gewehr bei Fuß zu stehen und die Entwicklung der Dinge abzuwarten. Die Rettung komme nicht auf diesem Wege!

Der letzte Satz ist sehr bedeutungsvoll. Er zeigt uns, daß die Vorbereitungen der monarchistischen Kreise schon recht weit gediehen sind. Im übrigen möchten wir bei dieser Gelegenheit sagen, daß die Regierung gar keinen Grund hat, sich wegen der Meldung der Täglichen Rundschau in eine künstliche Erregung zu versetzen. Eine Diktatur Noske braucht in Deutschland nicht erst aufgerichtet zu werden. Sie besteht schon seit Monaten. Die Niederknüppelung der revolutionären Arbeiterschaft, die Verfolgungen gegen die Kommunistische Partei, die überfüllten Gefängnisse, die Pressevorbote, die Schutzhaft, der Belagerungszustand und all die anderen schönen Dinge, die Tag für Tag in Deutschland auf Befehl Noskes geschehen und uns an das dunkelste Mittelalter erinnern, sie sind ein sprechendes Zeugnis für die bereits bestehende Diktatur Noske.

Preßfreiheit unter der „sozialistischen" Regierung.

Die Frankfurter Zeitung schreibt:

„Noch immer wird das Mittel der Zeitungsverbote in den Bezirken gehandhabt wo noch der Belagerungszustand besteht. Wenn auch nicht mehr häufig davon Gebrauch gemacht wird, so nötigen doch auch die Ausnahmefälle zum scharfen Einspruch, ganz gleich, gegen wen und aus welchen Gründen die Verbote erlassen werden. Die in der neuen Reichsverfassung wiederum festgelegte

Ingenieur Horstmann.

Roman von Wilhelm Hegeler.

11] [Nachdr. verb.]

„Was wollte denn der Mister Horstmann bei uns?"

„Eingeführt sein," antwortete Bert leichthin und mit verstecktem Lächeln fügte er hinzu. „Ich glaube, er hat's auf dich abgesehn."

Anna zuckte die Achseln.

„Das hab' ich gemerkt. Er fing vor Glück an zu transpertieren, wenn ich ihn mal ansah."

„Wie findest du ihn?"

„Du lieber Himmel, darüber sind wird doch einer Meinung. Ein Parvenü."

„Aber ich glaube, er wird hier eine große Stellung einnehmen. Schon allein der Auftrag, den er jetzt hat! Uebrigens muß er Kohlig reich sein. Er will sich hier ein Haus bauen . . . sich wieder verheiraten. Er ist Witwer."

„Das hat er dir alles erzählt?" fragte Anna mit unmerklich durchklingendem Hohn.

„Na. Und sogar noch mehr."

„Was denn?"

Bert zögerte und setzte eine schmerzliche Miene auf.

„Horstmann ist in dich verliebt und hält um deine Hand an."

Anna behielt denselben ruhigen Ausdruck bei, nur nahm sie die Zigarette aus dem Munde.

„Und dich schickt er her, um das zu sagen?"

„Mich hat er hergeschickt. Ausgerechnet mich! Ich bin ja sein einziger Bekannter hier. Anna, du kannst mir glauben, wie scheußlich mir das ist. Ich hasse den Kerl! Wenn ich ihn beerben würde, hätte ich ihm den Hals umgedreht. Aber so . . . Wir beide müssen uns einrichten. Du machst eine glänzende Partie."

Das junge Mädchen lachte bitter.

„Es ist zu gütig, wie du für mich sorgst!"

„Sei gescheit, Anna."

„Gescheit!"

Sie lachte noch einmal auf, ihm gerade ins Gesicht. Dann drehte sie sich um und zerrieb hartnäckig ihren Zigarettenstummel an der schwarzen Ofenwand.

„Voilà les femmes!" dachte Bert. Ein vernünftiges Wort läßt sich überhaupt nicht mit ihnen reden. Es ist ja sehr nett, daß sie mich so sehr liebt, aber wenn sie ein bißchen Verständnis für meinen Vorschlag zeigte, wäre mir das auch recht angenehm.

In ihr tobte ein furchtbarer Kampf. Vergeblich suchte sie die Gedanken und Vorsätze zu erwecken, die gestern so stark gewesen waren. Jetzt hatte sie ja das, was sie erwartet und gehofft. Es war ja ihr Wunsch, diesen Mann zu nehmen, an dessen Seite sie den Luxus haben würde, wonach sie strebte. Aber all ihre Vorsätze waren wie weggeschwemmt. Sobald nur das unbestimmte Bild des Ingenieurs in ihrer Vorstellung auftauchte, schrie's in ihr: Gräßlich! Gräßlich! Lieber tot! . . . Sie dachte an den, der hinter ihr stand, ein unbändiger Schmerz ergriff sie, von ihm lassen zu müssen. Ihn liebte sie! Und er gab sie leichten Herzens einem andern. Er spielte selbst den Vermittler! Ihr beleidigter Stolz fuhr steil auf bei dem Gedanken. Ihre Liebe klammerte sich an ihn. Es schien ihr unmöglich, unfaßbar in diesem Augenblick, daß sie beide verblendet ihr Glück mit Füßen traten.

„Bert!"

„Ja?"

„Wie stehst du eigentlich zu mir?"

„Wieso?"

„Ich meine, innerlich. Du weißt, wir waren mal verliebt ineinander . . . taten wenigstens so."

„Ich liebe dich noch."

„Ist das wahr?"

Er ergriff sie beim Arm. Sie entzog sich ihm. Er griff noch fester zu. Sie wehrte sich empört. Da packte er sie und drückte sie an sich. Sie suchte sich loszumachen, aber er, wie von Sinnen gekommen, umpreßte sie und beschüttete ihr Gesicht mit Küssen. Sie wand sich wie eine Katze, drehte den Kopf hin und her, er küßte nur desto toller zu, wohin's gerade traf. Er küßte sie so lange, bis er merkte, daß ihr der Atem ausging, und ihre straffen Muskeln sich lockerten. Dann ließ er sie in einen Sessel sinken und kniete vor ihr.

„Ich liebe dich noch immer!" sagte er einfach.

Sie war gänzlich verwirrt und aufgelöst. Mit geschlossenen Augen saß sie da, rasch und tief atmend. Schlaff ließ sie ihre Hand auf seinen Kopf fallen und fuhr ihm durchs Haar. Ihre Stimme klang gebrochen.

„Wenn wir zusammen gehören, warum bleiben wir nicht zusammen?"

„Du bist für den Luxus geschaffen, und ich bin ein armer Teufel."

Sie dachte einen Augenblick nach.

„Wenn ich nun aber auf den Luxus verzichtete, wenigstens für die ersten Jahre? Und wenn du arbeitetest?"

Er lächelte, und dies Lächeln schnitt ihr ins Herz.

„Ich bin zum Arbeitstier nicht geschaffen. Gib mir 'ne Million, die will ich auf wahrhaft noble Art ausgeben. Aber sie verdienen — womit?"

„Mal doch!

„Mit meinem bißchen Talent."

Er saß jetzt neben ihr auf einem Stuhl. Sie sah ihn mit weichem Lächeln an.

„Wenn versuch's nur! Wir führen 'ne brillante Ehe. Ich will so sparsam sein! Mit nichts kommen wir aus. Und wenn's nicht geht, machen wir Schulden. Das ist doch weiter nichts! Und Aufträge bekommst du massenweise. Ich poussiere die alten Kerls, daß sie sich von dir malen lassen. Du verschaffst dir 'ne Professur . . . Sollst sehn, es wird alles wunderschön. Hab nur Courage! Komm Bert, machen wir den großen Sprung zusammen!"

„Ich kann dich nicht glücklich machen."

Sie schrie beinahe auf vor Scham und Schmerz und schlug ihre Hände gegen das Gesicht.

„Du Feigling!"

Er ging im Zimmer auf und ab und strich sich erregt durch den Schnurrbart.

„Du bist jetzt wütend, Anna. Aber du hast nicht den geringsten Grund. Ich bringe in diesem Augenblick auch ein Opfer. Vielleicht ein ebenso großes wie du."

Dabei schlug er sich auf die Brust. Sie lachte ihm höhnisch ins Gesicht.

„Na . . . du stinkst vor Edelmut!"

„Denk doch an das, was ich dir gesagt habe. Ich bin mir wenigstens treu geblieben."

„Du hast gesagt, daß du mich liebtest," schrie sie.

„Und daß ich dich nie heiraten würde."

Da schüttelte sie sich mit wilder Bewegung, als wenn sie alles, was sie bedrängte, fortschleudern wollte.

„Also gut! . . . Du kannst dem Menschen sagen, daß er kommen soll. Ich will ihn nehmen. Aber das sage ich dir — an diese Stunde denkst du noch mal!"

Bert nickte. Ihm war unheimlich bei all dem Ernst zu Mute, aber er dankte doch Gott, daß sie endlich so weit war. Eine Weile schwieg er taktvoll, damit sie sich beruhigen konnte. Dann besprach er noch einiges Gleichgültige mit ihr. Horstmann war verreist und würde erst Sonnabend zurückkommen. Da sie sich auf dem Ball trafen war es das Beste, wenn er dort um sie anhielt.

Dann streckte er ihr die Hand hin. Sie sah sie nicht. Er hätte gern ihre Stimmung noch etwas verbessert und zum Abschied ein freundliches Wort von ihr gehört. Mit seinem skeptisch überlegenen Lächeln meinte er: „Du wirst mir noch herzlich dankbar sein, glaub's nur!"

„Vielleicht komme ich noch mal dahin!" erwiderte sie bitter.

„O gewiß! Horstmann ist noch lange nicht der Schlimmste. Anglehend vielleicht gerade nicht. Aber ich glaube, er ist vor allem ein Arbeitstier. Die meiste Zeit wird er verreist sein. Er läßt dir freie Hand. Du machst ein großes Haus. Mir reservierst du ein warmes Bläschen. Na, das wird sich schon alles noch machen. Argwöhnisch scheint er auch nicht zu sein . . ."

„Ah! Glaubst du! Argwöhnisch ist er nicht? Und er soll auch niemals Grund bekommen. Ich sage dir, wenn ich seine Frau werde, dann bleib ich auch eine anständige Frau. Das kannst du mir glauben."

„Vielleicht," murmelte Bert unhörbar.

Mit ziemlich gemischten Gefühlen verließ er das Haus. Er begab sich in seine Stammkneipe zur Witwe Klein und ließ sich schnell hintereinander drei Kognaks geben. Beim ersten dachte er: Pfui Teufel, was für 'ne dreckige Geschichte. Beim zweiten tröstete er sich: Die Weiber sind eben alle verrückt. Beim dritten stellten sich wehmütige Weltbetrachtungen ein: Welch eine gottverfluchte Welt, wo die, die mit Geld umzugehen wußten, keins besaßen! Was für ein herrliches Leben hätte er mit Anna geführt. Er war der einzige, der sie zu würdigen verstand. Was für ein glänzendes Paar hätten sie gebildet! Er sah sich im Frack und Anna in Balltoilette, den schlanken Nacken leicht entblößt. So hatten sie oft getanzt, wenn die anderen schon matt waren, und allgemeine Bewunderung hervorgerufen. Und wie war dies Geschöpf für die Liebe geschaffen! All seine Zeit, und das war das einzige, was er in hinreichenden Maß besaß, hätte er ihr gewidmet. An ihrer Seite wäre er wirklich ein guter Mensch geworden. Ein lieber, netter Kerl war er ja ohnehin, darüber konnte kein Zweifel sein. Aber mit ihr vereint, wäre er ein edler Mensch geworden, hätte er all die schönen Kräfte, die jetzt infolge der ungünstigen Umstände ein bißchen zurückgeblieben waren, entwickelt. Aber nun — nun trug dieser elende Hund von einem heruntergekommenen Arbeitsburschen sie davon. Ach, ekelhaft, wie die Lebensgüter verteilt waren. Eine wahre Wut überkam ihn, über diese schlechteste aller Welten, und wenn ihm jetzt ein paar pathetische Stellen aus den Klassikern eingefallen wären, er hätte sie unfehlbar zitiert.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219190923-12/fragment/page=0002

Preßfreiheit darf nicht durchbrochen werden; das im Artikel 118 uneingeschränkt gegebene Recht der freien Meinungsäußerung läßt keine Ausnahmen zu. So weit solche auf Grund des Belagerungszustandes getroffen werden, fehlt ihnen die gesetzliche Berechtigung, da das neue Recht die älteren Bestimmungen abgelöst hat und bei einem Widerspruch dieser mit den Verfassungsvorschriften selbstverständlich die letzteren allein Geltung haben können. Diese Wirkung der Reichsverfassung scheint noch nicht genügend erkannt zu sein. Darum ist es dringend notwendig, daß über den „jetzigen Rechtszustand für die Presse volle Klarheit geschaffen wird. Wenn, wie es heißt, die Regierung sich mit den berufenen Pressevertretungen über die Regelung der Frage, welche Modalitäten für die Anordnung von Zeitungsverboten zu schaffen sind, im Benehmen setzen will, so wird ihr jedenfalls bedeutet werden, daß die Presseorganisationen, wie sie es bisher schon in verschiedenen Kundgebungen ausgesprochen haben, die Wiederherstellung der vollen Preßfreiheit fordern. Gegen Ausschreitungen der Presse gibt es den Weg der Ahndung durch die ordentliche Gerichtsbarkeit. Ausnahmemaßnahmen werden immer als Willkürakte empfunden werden und darum von der Presse abgelehnt. Das gleiche gilt auch von allen Versuchen, auf die Presse oder ihre Mitarbeiter durch Drohungen einzuwirken. Ein besonders gravierender Fall solcher Art ist kürzlich aus Schlesien berichtet worden. Ein Lehrer hatte in der Zeitung Volkswille einen satirischen Artikel über das „Piastenschloß" in Oppeln, den Sitz der dortigen Regierung, veröffentlicht. Darauf erging an ihn eine Verfügung der Regierung in Oppeln, die ihm das Mißfallen über die an Beamten der Regierung ausgeübte „ungehörige Kritik" aussprach und weitere Veröffentlichungen dieser Art untersagte. Wie ist dieser Ukas mit der verfassungsmäßig verbürgten freien Meinungsäußerung vereinbar? Wir nehmen an, daß der Oppelner Regierung klargemacht wird, daß auch für sie die Reichsverfassung Geltung hat, und daß solche Verbote einfach ungesetzlich sind. Der Geist der Freiheit muß endlich auch in allen Verwaltungskörpern lebendig werden."

Wie „der Geist der Freiheit" in den obersten Verwaltungskörpern „lebendig" wird, das beweist neuerdings auch besonders deutlich wieder die Beschlagnahme der Liebknechtschen Schrift: Militarismus und Antimilitarismus und die Bildnisse Karl Liebknechts durch den Berliner „sozialistischen" Polizeipräsidenten Eugen Ernst.

Die Spitzelschande.

Das Spitzelwesen nimmt in Deutschland einen immer größeren Umfang an. Sämtliche militärische Dienststellen haben besondere Nachrichtenbureaus eingerichtet, deren Aufgabe es ist, die Arbeiterbewegung zu überwachen, um über etwaige Pläne gegen den heiligen Bestand der freisten Republik der Welt unterrichtet zu sein. Da es den Spitzeln nicht möglich ist, positive Unterlagen zu erlangen; verlegen sie sich aufs Lügen. Die von ihnen aus den Fingern gesogenen Nachrichten werden dann von den sogenannten zuständigen Stellen als amtliches Beweismaterial über bevorstehende Unruhen in die Welt gesandt, um Herrn Noske und seiner Getreuen eine Unterlage für ihr gewaltätiges Vorgehen gegen die Arbeiterschaft zu geben und um Beweisgründe für die Aufrechterhaltung des Belagerungszustandes und der Schutzhaft in der Hand zu haben.

Die militärischen Spitzel beschnüffeln aber nicht nur die politischen Tätigkeiten der revolutionären Arbeiterschaft, sondern sie erdreisten sich jetzt sogar, die Tätigkeit der Zivilbehörden zu überwachen, die demokratischer Gesinnung verdächtig sind. Wie das Berliner Tageblatt meldet, besteht eine solche Nachrichtenstelle bei dem Generalkommando in Stettin. Sie überliefert die Nachrichten, die ihnen von den pommerischen Großgrundbesitzern zugehen, von einer Generalstelle nach Berlin, anscheinend an das Generalkommando Lüttwitz, welches sozusagen zur obersten Instanz der militärischen Spitzelkorruption in Deutschland geworden ist.

Damit ist also erwiesen, daß die Treibereien der pommerschen Agrarier gegen den demokratischen Kurs in Pommern von den Militärbehörden gefördert und unterstützt werden. Es ist ja auch längst erwiesen, daß die militärische und agrarische Gegenrevolution Hand in Hand und demselben Strange ziehen. Wenn aber das Berliner Tageblatt von der Regierung erwartet, daß sie gegen den Skandal dieser Art Maßnahmen ergreift, so dürfte dieser sich schon berechtigte Wunsch kaum erfüllt werden. Denn die Militärbehörden haben die Regierung bereits so fest in der Hand, daß sie sich von ihre keine Vorschriften mehr machen lassen. Nicht die Regierung, sondern die Militärkamarilla ist der derzeitige Machthaber in Deutschland. Außerdem hat ja der Minister Heine gleichfalls seine Spitzelzentrale eingerichtet. Die ganze Angelegenheit würde also letzten Endes auf einen Kompetenzstreit hinauslaufen, aus dem Herr Heine bei aller juristischen Verschlagenheit sicher nicht als Sieger hervorgehen würde.

Das „Deutschtum" der Offiziere.

Im Heeresverordnungsblatt 5 vom 2. 9. 19 findet man folgende Verfügung:

Der Reichswehrminister.
Nr. 488/8 19 A 11.
47. Zweckloſigkeit von Gesuchen um Einstellung in das amerikanische Heer.

Beim Oberkommando der amerikanischen Besatzungsarmee und beim amerikanischen Kriegsamt laufen in steigendem Umfange Gesuche von deutschen Offizieren um Einstellung in das amerikanische Heer nach Friedensschluß ein.

Solche Gesuche haben keine Aussicht auf Genehmigung, da die amerikanische Armee genügend Offiziere besitzt und eine Einstellung von Ausländern weder vorgesehen noch geplant ist.

Für den Reichswehrminister.
J. A. gez. Jansen.

Der international denkt, bemerkt die B. a. M. dazu, wird zwar jede Meldung zum Heeresdienst bedauern, aber sich nicht weiter darüber aufregen, daß deutsche Offiziere der amerikanischen Armee dienen wollen. Wie aber mögen dieselben Offiziere, die jetzt so vorurteilslos international handeln, noch vor Jahresfrist über die Deutschen geurteilt haben, die damals für internationale Verständigung eintraten?

Deutsche Militärinstrukteure für Japan?

Haag, 22. September. Die Zeitung Vaderland entnimmt einem Privatbriefe aus Deutschland die Mitteilung, daß Japan im geheimen deutsche Offiziere und Unteroffiziere, die während des Krieges praktische Erfahrungen gesammelt haben, als Instrukteure für das japanische Heer anwerbe. Der erste Transport dieser neuen Instrukteure sei bereits nach Japan abgereist.

Abhängig-unabhängige Regierungsbildung in Sachsen?

Dem Leipziger Tageblatte wird aus Dresden berichtet: Am Sonnabend und Sonntag haben in Leipzig zwischen den Unabhängigen und Mehrheitssozialisten Verhandlungen stattgefunden. Das Ergebnis dieser Verhandlungen wird noch geheim gehalten; jedoch sind die Verhandlungsführenden, wie wir hören, zu einer Einigung gekommen, was weiter nicht verwunderlich ist, da Lipinski und Fleißner schon lange für eine Beteiligung an der Regierung waren, und besonders politisch schon lange einer Vereinigung mit den Unabhängigen das Wort gredet hatte. Das Ergebnis trägt aber noch nicht den Charakter des Endgültigen, vielmehr werden am Donnerstag die Parteivorstände über die Annahme oder Ablehnung der getroffenen Vereinbarungen entscheiden.

Daß die Meldung in dieser Form zutrifft, darf füglich noch bezweifelt werden. Die L. V. enthält sich über das vorgemeldete angebliche Ergebnis der gemeinsamen Besprechung noch jeder Mitteilung. Wenn aber auch irgendwelche Vereinbarungen zwischen den verhandelnden Instanzen zustandegekommen sein sollten, so ist doch bei der unter unseren sächsischen Parteigenossen herrschenden Auffassung kaum anzunehmen, daß sie einer gemeinsamen Regierungsbildung mit den Rechtssozialisten zustimmen werden.

Die Wahlen in Braunschweig.

Im „Freistaate" Braunschweig sind am Sonntag in den Städten die Wahlen der Bürgermeister und Stadträte vorgenommen worden. Ueber das Endergebnis liegen sichere Zahlen noch nicht vor. Wie jedoch die bürgerliche Presse meldet, war die Wahlbeteiligung trotz äußerst umfangreicher und leidenschaftlicher Agitation allgemein nur schwach. Durchschnittlich haben nur 55 Prozent der vom 20. Lebensjahr wahlberechtigten Männer und Frauen das Wahlrecht ausgeübt. Die Unabhängigen und Mehrheitssozialisten haben im Vergleich zu den Nationalversammlungswahlen den stärksten Stimmenrückgang zu verzeichnen. In der Stadt Braunschweig beziffert sich der Verlust für die Unabhängigen und die Mehrheitssozialisten auf je 11 000 Stimmen. Wenn die bei den bürgerlichen Wahllisten durchschnittlich auf nur 50—60 Prozent bemessene Wahlbeteiligung berücksichtigt wird, muß ein großer Stimmenzuwachs auf Kosten der sozialdemokratischen Parteien gesucht werden.

Ein klarer Ueberblick wird sich erst gewinnen lassen, wenn das Ergebnis zahlenmäßig vorliegt.

•

Wie wir soeben noch im B. T. lesen, sind die Berichte über den angeblichen Rückgang der unabhängig sozialdemokratischen Wählerstimmen außerordentlich übertrieben. Wohl aber haben die Rechtssozialisten einen erheblichen Stimmenrückgang zu verzeichnen. Ihre Kandidatenerfolge sind indes nur dadurch zu erklären, daß sie meist überall Wahlpakte mit den Demokraten abgeschlossen hatten. — In der Stadt Braunschweig hat die unabhängige Sozialdemokratie nach wie vor noch die höchste Stimmenzahl. Es wurden für sie abgegeben: 15 750, für den Landeswahlverband 15 000, für die Demokraten 11 680 und für die Mehrheitssozialisten nur 5630 Stimmen.

Notizen.

Verbot schwarz-weiß-roter Fahnen. Berlin, 22. September. (W. T. B.) Unliebsame Vorkommnisse der letzten Zeit haben dem Reichswehrminister Veranlassung gegeben, den Truppenteilen bei Märschen durch die Garnison usw. das Vorantragen schwarz-weiß-roter Fahnen zu verbieten.

Die Nosteigerung hat wahrlich lange Zeit gebraucht, um den von gegenrevolutionär-monarchistischen Offizieren mit den schwarz-weiß-roten Fahnen getriebenen Unfug ernstlich entgegenzutreten.

Protest gegen die Militärpolizei. Der Verbandstag der thüringischen Polizeibeamten, der in Greiz tagte, nahm u. a. eine Entschließung an, in der mit aller Entschiedenheit gegen die Errichtung einer militärischen Sicherheitspolizei nach preußischem Muster protestiert wird.

Schulstreik in München. Der wegen einer Simultanisierung einer Schule angedrohte Schulstreik hat dort in einer Vorstadt begonnen. In zwei Schulen konnte der Unterricht nicht aufgenommen werden. Der Stadtrat fordert in Anschlägen die Eltern auf, die Kinder in die Schule zu schicken und vom Schulstreik abzusehen.

Der Kampf um die Räte. Bürgerliche Berliner Blätter melden: „In Hamburg suchten die Unabhängigen den Anschluß an die in Halle gegründete Rätеorganisation durchzusetzen. Der Antrag wurde abgelehnt und damit die wirtschaftliche Betätigung der Betriebsräte statt ihrer bisherigen einseitigen politischen (!) Agitation sichergestellt."

Massenflucht bei den christlichen Gewerkschaften. Der Vossischen Zeitung zufolge ist innerhalb der christlichen Gewerkschaften Oberschlesiens eine Bewegung entstanden, die, zuerst wenig bedeutend, immer mehr zu einer Abwanderung in großem Maßstabe aus dem Verband der christlichen Gewerkschaften sich entwickelte.

Aus der Provinz.

Wahlkreis Torgau-Liebenwerda.

Allen 36 Parteivereinen gehen die Sammellisten für die Kalenderverbreitung umgehend zu. Der Versand der Kalender geschieht nur an die 13 Verteilungsstellen, die bereits bekannt gegeben sind. Der Parteivorsitzende jeder Verteilungsstelle hat für schnellste und bequemste Zustellung der Kalender an die zugeteilten Parteivereine zu sorgen. Desgleichen haben sich die Ortsleitungen mit der Verteilungsstelle wegen der Zahl der Kalender für ihren Verbreitungsbezirk zu einigen. Bei dringendem Mehrbedarf wende man sich rechtzeitig an die Kreisleitung. Die Sammellisten und Gelder für die Opfer des weißen Schreckens und desgleichen für die Bezirksarbeiterratsmarken sind umgehend an den Kreiskassierer (Genossen Karl Wendt) einzusenden und abzurechnen. Mehrere Parteivereine haben das Ergebnis der Gemeindevorsteher- und Schöffenwahlen noch nicht an den Kreisvorstand gemeldet. Wir ersuchen um Mitteilung, auch der Stadtgemeinden, damit das Ergebnis im ganzen Wahlkreise zusammengestellt werden kann. Ein Parteiverein ersucht um die Abhaltung einer Gemeindevertreterkonferenz. Die Kreisleitung erkennt diese für unsere vielen und neuen sozialistischen Vertreter so wichtigen Förderungsarbeit vollständig an und sie ist sich auch klar, daß hier Aufklärung sehr notwendig ist. Doch nach dem finanziellen Stand im Kreise zu urteilen, glaubt die Kreisleitung die Verantwortung nicht tragen zu können. Die Verpflichtungen des Kreises sind noch sehr große. Sobald es möglich ist, wird eine solche Konferenz stattfinden. Zur allgemeinen Klarlegung über die finanziellen Schwierigkeiten und die Gesundung im Kassenwesen ist eine Konferenz aller Ortsleitungen mit der Kreisleitung unbedingt erforderlich. Sie muß in nächster Zeit stattfinden, damit die Ortsvereine über den Stand der Dinge unterrichtet werden können. Der Kreisvorstand.

Merseburg. Diskussionsabend. Am Freitag, den 26. September, findet ein Referat über den zweiten Teil des Kommunistischen Manifestes (Proletarier und Kommunisten) statt. Es ist Pflicht der Parteigenossen, sich noch zahlreicher als bisher an diesen Abenden zu beteiligen, um ihr Wissen in der sozialistischen Wissenschaft zu vertiefen, denn nur Wissen ist Macht.

Schkeuditz. Trauerfeier. Die Schkeuditzer Arbeiterschaft ehrt ihre Toten. Das bewies die würdige Trauerfeier, die zu Ehren des verstorbenen Genossen Müller im Bahnhofshotel abgehalten wurde. Eingeleitet wurde die Feier durch Vortrag des Liedes „Mag auch die Liebe weinen", vom Gesangverein Vorwärts, dessen Mitbegründer der Genosse Müller war und an dem er mit steter Hingabe aktiv hervorragend mitgewirkt hat. Der Genosse Schulze hielt eine warm empfundene Gedächtnisrede, darin hervorhebend, wie auf allen Gebieten der Geist des Genossen Müller bemerkbar war. Eine fast unersetzliche Lücke ist uns durch seinen Tod gerissen worden. Die Vorsitzenden der Partei, des Gesangvereins Vorwärts und des Turnvereins Frisch auf, widmeten dem alten Vorkämpfer warme Nachrufe und statteten ihren Dank ab. Ihren Abschluß fand die eindrucksvolle, würdige Feier durch den Gesang des Liedes „Da unten ist Frieden".

Passendorf. Aus der Gemeinde. Am Sonntag, den 14. 9., wurde der Genosse C. Bebau als Gemeindevorsteher gewählt. Die drei Demokraten gaben weiße Zettel ab. Als Schöffen wurden gewählt der Genosse Otto Frauendorf und der Genosse Alfred Kupfer, beim dritten mußte das Los entscheiden, welches leider auf den Demokraten, Herrn Breithaupt, fiel. Nach der Wahl fand eine Sitzung statt, die nur kurze und interne Fragen behandelte. — Im Juli, wurde der Genosse Otto Schmidt von einem Vizefeldwebel der Rosketen verhaftet und zur Anzeige gebracht wegen Beleidigung der ganzen Roskehelden. Heute wird dieser seine Vizefeldwebel steckbrieflich gesucht von seinem Truppenteile wegen Unterschlagung. Vor kurzem haben Wachmannschaften von Proviantwagen mehrere Büchsen Fleischkonserven gestohlen. Wir wünschen ihnen guten Appetit, aber leider sehen auch sie ihrer Strafe entgegen. Es ist doch eine nette Gesellschaft unter diesen Ordnungshelden!

Paußig. Kirche, Christentum und Arbeiterschaft. Ueber dieses Thema hielt der Genosse Hildebrandt-Halle einen durch die größte Sachkenntnis ausgezeichneten Vortrag in einer glänzend besuchten öffentlichen Versammlung. Einige Pastoren waren vom Genossen Voege brieflich eingeladen worden und auch erschienen. Der Ortspastor Meier drückte sich unter ziemlich nichtssagenden Redensarten, Pastor Herrmann aber und ein auf Besuch weilender Kollege aus Nietleben versuchten, die gläubigen Schäflein zu sammeln, ohne viel auf Gegenliebe zu stoßen. Die Versammlung war ein großer Fortschritt für die Sache des Freidenkertums. — Gegen die am Sonntag stattgefundene Schöffenwahl ist beim Kreisausschuß Protest eingelegt worden.

Mücheln. Das Amtsgericht Querfurt sprach den Vorsitzenden des Arbeiterrates Gen. Scheibner und den Gen. Conrad wegen Vergehens gegen § 182 des St.-G.-B. in Verbindung mit der Verordnung des Regierungspräsidenten vom 13. Februar 1919 über Waffenablieferung bzw. Abnahme frei. Angeklagt waren beide deshalb, weil sie im März von den Einwohnern zu Oberwinisch Schußwaffen einsammelten und somit unbefugt sich mit der Ausübung eines öffentlichen Amtes befaßt hätten. Der Anlaß zu dieser Anklage ergab sich daraus, daß Gen. Sch. den Gen. C. während des Generalstreiks im März beauftragt hatte, die noch nicht abgelieferten Waffen in Oberwinisch einzusammeln und C. diesen Auftrag auch ausführte. Bei der Verhandlung am Freitag widerlegten die Genossen die Anklage unter Hinweis auf das Revolutionsrecht, welches den Arbeiterräten die Stellung über den Verwaltungsbehörden brachte. Auch das Gericht stellte sich auf diesen Standpunkt, indem der Vorsitzende betonte, daß zwei Drittel der Bevölkerung in der damaligen Zeit, als die politischen Wellen noch hausboch gingen, der Auffassung war, die Arbeiterräte hätten das Recht und die Macht. Auch der Anklagevertreter trat für Freispruch unserer Genossen ein, weil eine wissentliche Gesetzwidrigkeit nicht vorläge. Besonders festzuhalten ist eine Bemerkung des Vorsitzenden, welcher die Tätigkeit der Arbeiterräte im Interesse der Allgemeinheit im wesentlichen als segensreich hinstellte. Diese Anklage zeigt von neuem, mit welchen Mitteln unter dem jetzigen Regime gearbeitet wird. Hunderte von Genossen stehen vor dem Gericht, um Handlungen zu verantworten, die sie während der Revolutionszeit im Interesse der Allgemeinheit getan haben. Aber auch das wird die Verwirklichung des Rätegedankens nicht verhindern.

Mücheln. Ein neuer Bürgermeister. Am Freitag mußte nochmals zur Wahl eines Bürgermeisters geschritten werden, weil der Bewerber, Bürgermeister Wegrich aus Ziegenrück, nach erfolgter Wahl abgelehnt hatte. Die Ablehnung begründete er damit, daß die Wohnungsverhältnisse und auch der Gehalt nicht seinen Bedürfnissen entsprechen. In der Stadtverordnetensitzung wurde nunmehr mit 7 Stimmen bei Abgabe von 5 unbeschriebenen Zetteln unserer Genossen der Bürgermeister Feuertag aus Karthaus gewählt. Unsere Genossen enthielten sich der Stimme, weil bei der Ausschreibung der Stelle seinerzeit die Bürgerlichen die Ausschreibung im Volksblatt aus „prinzipiellen Gründen" ablehnten, trotzdem in der Aussprache vorher man allgemein nichts dagegen einwendete und auch in mehreren Provinzblättern ausschreiben ließ. Nunmehr haben die Bürgerlichen einen Bürgermeister gewählt, dessen Fähigkeiten niemand kennt, und für dessen Wahl die Herren allein die Verantwortung übernehmen müssen.

Bei einem eingebrachten Dringlichkeitsantrag ergab sich, daß der Magistrat die Anbringung mehrerer Lampen im Schulgebäude deshalb nicht ausführen ließ, weil er sich in Differenzen mit dem elektrischen Werk wegen der Uebernahme der Kosten befindet. Der Standpunkt des Magistrats ist wirklich kaum verständlich, wenn nämlich die Differenzen Jahre dauern sollten, so unterbliebe mithin die Ausführung einer beschlossenen Sache. Die „Initiative" des Magistrats in dieser Angelegenheit wäre mehr angebracht bei sozialen Fortschritten und Unternehmungen. Vielleicht entwickelt sich ein anderer Geist durch die Neuwahl der Magistratsmitglieder und hoffentlich auch durch das neue „Oberhaupt".

Ahlsdorf. Aus der Gemeinde. Bei der am Sonntag, den 21. September, stattgefundenen Wahl der unbesoldeten Gemeindevorsteher und Schöppen wurden als Gemeindevorsteher der Genosse Hermann Lifting, als 1. Schöppe der Genosse Paul Große, als 2. Schöppe der Genosse Franz Wagge 1 und als stellvertretender Schöppe der Genosse Kriegsbeschädigter Otto Bloßfeld gewählt. Anschließend an die Wahl fand eine Gemeindevertretersitzung statt. Bei der Wahl für die Einkommensteuer-Voreinschätzungskommission wurden folgende Personen gewählt. Steiger Trautmann, Lagerhalter Judersleben, Bergzimmerling, Meier und Frau Nachtigall. Einem Antrag um Zulage der im Wirtschaftsausschuß beschäftigten Kriegsbeschädigten Thiele und Heber wurde von der Gemeindevertretung zugestimmt. Sie erhalten vom 1. Oktober je 100 Mk. Ferner wurde den Gemeindediener Säuberlich eine Teuerungszulage von 150 Mk. bewilligt.

Wansleben. Noch einmal Schulzenwahl. Es zeigt sich auch hier wie in manchen anderen Orten, daß sich Leute von den Reaktionären haben ködern lassen. Da nun der Wahlgang bei der Schulzenwahl nicht ganz einwandfrei war, soll Protest eingelegt werden, und zwar findet am Donnerstag, den 25. September, abends 8 Uhr, beim Gen. Hubert eine Protestversammlung statt. Referent zur Stelle. Auf, Genossen, alles zur Protestversammlung, zum Wohl unserer Gemeinde.

Sprechstunde der Redaktion von 12 bis 1 Uhr.

Verantwortlich für Politik und Parteinachrichten: Karl Bock; für Halle und Saalkreis: Gottlieb Kasparek; für Aus der Provinz und Versammlungsberichte: Werner Schoenk; für Anzeigen: Hermann Schade; Verlag: Volksblatt G. m. b. H. Druck: Halle-Saale Genossenschaftsbuchdruckerei G. m. b. H.; sämtlich in Halle.

Geschlossen bleiben Donnerstag, den 25. Sept.
Feiertags halber
unsere Verkaufsräume u. Kontore.
4452
J. Lewin.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219190923-12/fragment/page=0003

Krügers Restaurant, Breitestrasse 17.
Mittwoch, 7 Uhr: 4437
Grosses Preis-Skaten.
Es ladet freundlichst ein Otto Löther.

Amtliche Bekanntmachungen.

Halle.

Der Verkauf von Quark
erfolgt am Mittwoch, den 24. September, auf den Abschnitt 15 für die eingetragenen Kunden bei dem Molkereibesitzer John, in beiden Verkaufsstellen Gr. Gosenstr. 17 und Kl. Ulrichstr. 26. Auf jeden Abschnitt wird ½ Pfund abgegeben. Der Preis für ein halbes Pfund Quark beträgt 70 Pf.

Städtischer Verkauf von Käse
in der Talamtschule am Mittwoch, den 24. September. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 10501—11000 nur vormittags von 8—12 Uhr. Für jede Person eines Haushaltes kann ¼ Pfund zum Preise von 50 Pf. für das Viertelpfund abgegeben werden, sofern der Verkauf noch nicht in Spalte 7 des Lebensmittelscheines eingetragen ist.

Der Verkauf von Kunsthonig beginnt am Mittwoch, den 24. September. Es kann für jede Person eines Haushaltes ½ Pfund abgegeben werden. Der Verkaufspreis beträgt 78 Pf. für das Pfund lose Ware und für gepackte Ware 80 Pf. Die Käufer sind verpflichtet, bei denjenigen Verkäufern den Kunsthonig einzukaufen, bei welchen sie für den Bezug von Kolonialwaren in die Kundenliste eingetragen sind. Der Verkauf erfolgt unter Abtrennung der Marke 401 des Warenbezugscheines 25.

Verkauf von Roßfleisch.
Am Mittwoch, den 24., können die bei den Roßfleischhändlern: Möbius, Delitzscher Str. 78, Müller, Pfännerhöhe 41, Quandt, Langestr. 21, Johs. Thurm, Glauchaer Str. 79 zum Roßfleischbezug angemeldeten Personen 125 Gramm Roßfleisch oder Wurst aus Roßfleisch entnehmen. Der Verkauf darf nur nach den Nummern der Kundenliste erfolgen. Die Roßfleischhändler sind verpflichtet, in den Schaufenstern bekannt zu geben, welche Nummern in den einzelnen Stunden zum Einkauf zugelassen werden. Bei dem Einkauf sind die von den Roßfleischhändlern ausgehändigten Marken und der Warenbezugsschein Nr. 25 vorzulegen. Die Marke 403 ist von den Roßfleischhändlern für jedes verkaufte Viertelpfund Fleisch oder Wurst abzutrennen. Ein Anspruch auf Verabfolgung von Fleisch besteht nicht, vielmehr kann dies nur so weit ausgegeben werden, als der Vorrat reicht, im übrigen muß Wurst entnommen werden. Der Kleinhandelsverkaufspreis beträgt 2,60 Mk. für 1 Pfund Fleisch ohne Knochen, 2,20 Mk. für 1 Pfund Wurst.

Städtischer Verkauf von Trockenei (kein Ersatz).
Fortsetzung der 4. Sonderverteilung in der Talamtschule, am Mittwoch, den 24. September. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 53001—58000, vormittags von 8—12 Uhr, und die Inhaber der Nummern 58001 bis 63500, nachmittags von 2—6 Uhr. Für jede Person eines Haushaltes werden 50 Gramm zum Preise von 1,35 Mk. abgegeben. 10 Gramm Trockenei entsprechen der Güte eines Eies.

Diejenigen Inhaber von Kleinhandelsgeschäften, welche Kundenlisten eingereicht haben, werden hierdurch aufgefordert, bei den von ihnen gewählten Großfirmen den in nächster Woche zum Verkauf gelangenden **Reis** am Mittwoch, den 24. und am Donnerstag, den 25. September, abzuholen.

Bekanntmachung.

Die Arbeitgeber krankenversicherungspflichtiger Personen weisen wir auf den nachstehenden § 13 des Gesetzes vom 28. Juni 1919 hin:

§ 13.

Ersatzkassen, für die auf Grund des § 518 der Reichsversicherungs-Ordnung eine Anordnung über die Abführung von Beitragsteilen der Arbeitgeber erlassen worden ist, haben für versicherungspflichtige Mitglieder, deren Rechte und Pflichten bei der Krankenkasse nach § 517, Abs. I, der Reichsversicherungs-Ordnung ruhen, Anspruch auf den vollen Beitragsteil des Arbeitgebers. Der Arbeitgeber hat den Beitragsteil statt an die Krankenkasse unmittelbar an die Ersatzkasse einzuzahlen.

Halle, den 12. September 1919.

Das Versicherungsamt. 4438

Merseburg.

Abschrift.

Der Minister für Handel u. Gewerbe. Berlin W 9, d. 3. Sept. 1919
J.-Nr. II b 4780. Leipzigerstr. 2.
III. 8554. Eilt!

Seit Oktober v. Js. haben Petroleumzufuhren nach Deutschland nicht mehr stattgefunden. Die geringen Bestände waren bald aufgebraucht, jedoch konnte für den dringenden Bedarf der Behörden und der gewerblichen Verbraucher Petroleum aus Gasölbeständen der Marine in inländischen Raffinerien hergestellt werden. Diese Bestände sind jetzt ebenfalls erschöpft. Mit namhaften Petroleumzufuhren aus Galizien und Rumänien ist vorerst nicht zu rechnen. Es bleibt demnach allein eine Einfuhr aus Amerika übrig. Nach Aufhebung der Blokade hat sich die Deutsch-Amerikanische Petroleum-Gesellschaft, unterstützt durch das Reichswirtschaftsministerium, bemüht, möglichst bald Petroleum einzuführen. Doch hat bis jetzt noch nicht restlose Klarheit über die Bereitstellung von Tankraum und über die Zahlungsbedingungen herbeigeführt werden können. Eine im Verhältnis zum gesamten Verbrauch kleine Menge wird zwar voraussichtlich Ende August in Amerika für Deutschland verladen werden können, doch kann schon jetzt vorausgesagt werden, daß eine geregelte Verteilung vor Ende September nicht wird einsetzen können. Da die Menge des alsdann dem Verbrauch zuzuführenden Petroleums völlig ungewiß ist, so muß vorsichtshalber die im vorigen Jahre durchgeführte Verteilung des Leuchtöls durch die Kommunalverbände vorläufig noch beibehalten werden (vergleiche meinen Runderlaß vom 9. Mai 1919 — II b. 2370). Der Beginn der Verteilungsperiode und die zur Verfügung stehende Menge wird sobald als möglich mitgeteilt werden.

Der Beleuchtungsnot, die bei der vorhandenen Kohlenknappheit und der dadurch bedingten teilweisen Stillegung von Gas- und Elektrizitätswerken schon eingesetzt hat, wird daher zunächst durch Karbid zu begegnen sein. Dieses wird durch die Chemikalien-Aktiengesellschaft an den Handel verteilt. Kerzen sind im freien Handel zu haben. Die Einfuhr von Paraffin zur Kerzenherstellung hat sich zwar auch verzögert, doch hofft die Industrie, reichlichere Mengen für den Winterbedarf herstellen zu können.

Ich ersuche, die Kommunalverbände hiervon alsbald zu verständigen. Abdrucke für diese und die Gewerbeaufsichtsbeamten sind beigefügt.

An die Herren Regierungspräsidenten (außer Posen) und die Staatliche Verteilungsstelle für Groß-Berlin.

Im Auftrage. gez. Unterschrift.

Merseburg, den 13. September 1919.

Gesch.-Nr. M. 596/19. Der Magistrat.

Sozialdemokratischer Verein für Halle (S.) U. S. P. D.

Donnerstag, den 25. September, abends 8 Uhr,
im „Volkspark“ (Restaurations-Saal):

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:

1. **Die Stellung zum Rätesystem.**
   Referent: Genosse **Ernst Däumig, Berlin.**
2. Vereinsangelegenheiten.

4444

Einer recht zahlreichen Beteiligung sieht entgegen

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. **Der Vorstand.**

Kammer-Lichtspiele
GROSSE STEINSTR. 24.
Ab Dienstag Fortsetzung
KAIN
III. und IV. Teil
Nur bis Donnerstag.
4447

In
Puppen u. Spielwaren
finden Sie reiche Auswahl
im 4249
Spielwarenhaus
Rud. Weibezahl
Obere Leipzigerstrasse 66.

Raub-
bau wurde 4 Jahre mit der Wäsche getrieben. Jetzt wäscht jede Hausfrau ihre Wäsche mit
Salmiak-Waschpulver „AKA“
Keine Kriegsware
Aus reinen Rohmaterialien hergestellt, mit hochprozentiger Kernseife. Ohne Chlor u. ohne Ton, vollständig unschädlich für die Wäsche.
Salmiak-Waschpulver AKA
Bleichsoda AKA
Hochglanz-Schuhkreme „Akalin“
Zu haben in allen Geschäften.
Generalvertreter:
R. Kindler, Bitterfeld.
Töpferwall 26e. *2903

Echt Schweizer Stumpen,
10 Stück **5.50** Mark,
Zigaretten, echt türkische,
10 Stück **3.20** Mark, 4445
Kaffee, stets frisch geröstet,
1 Pfund **14** Mark.
Otto Bornschein, G. m. b. H., Mittelstr. 21.

Ausgabe von Margarine
am Sonnabend, den 27. September 1919.

Es werden zugeteilt: 100 Gramm Margarine zum Preise von 66 Pf. Auf jede Zusatzfettmarke mit dem Aufdruck K 50 Gramm Butter zum Preise von 60 Pf.

Fettmarken mit dem Aufdruck G sind nur mit 50 Gramm Margarine zu 33 Pf. zu beliefern.

Fettmarken mit dem roten Aufdruck L werden bis auf weiteres nicht beliefert.

Merseburg, den 22. September 1919.

L. A. II. 2753/19. Das städtische Lebensmittelamt.

Hundeabmeldung.

Die Abmeldung der in der Zeit vom 1. April bis 30. September d. J. abgeschafften oder eingegangenen Hunde hat bis spätestens den 8. Oktober d. J. während der Dienststunden, vormittags 8—1 Uhr, im Polizeigeschäftszimmer zu erfolgen.

Die nicht rechtzeitige Abmeldung hat die Fortentrichtung der Steuer zur Folge.

Merseburg, den 22. September 1919.

Die Polizei-Verwaltung.

Auskunft umsonst bei
Schwerhörigkeit
Ohrgeräusch, nv. Ohrschmerz
über unsere tausendfach bewährt., patentamtlich geschützt. **Hörtrommeln.** Bequem u. unsichtbar z. trag.

nat. Größe
*2754 Glänzende Anerkennungen.
Sanis Versand München 116.

Alwin Frantz
Halle-Giebichenstein, Burgstr. 60.
Spezialhaus für Schweizer Uhren
Pforzh. Goldwar. u. Rathenower Brillen.
Gegründet 1876.
Fernspr. 4239. 3678
Neuzeitlich eingerichtete Reparaturwerkstatt.
— Reparaturen — w. wieder angen. und schnellstens zu ...ngem Preisen unter 6 mon Gar. fertiggestellt.

Für Wiederverkäufer!
Franz. Rasierseife
jed. Stange einz. verp., **2.00 Mk.** Jedes Quant. zu haben. *2492
Aug. Jahn,
Bochum in Westf.,
Kanonenstraße 11.

Hamster-, Maulwurf-, Kanin- u. a. Sorten Felle, Rosshaar u. Wolle kauft
zu höchsten Preisen
A. Weise, 2189
Pelz- u. Fellhandlung,
Rannischestr. 1. Tel. 1667.

Empfehle *2186
Holzpantoffeln
mit pa. Lederblatt
sowie Hölzer
f. ein zweit. Besohlen dazu.
Max Fricke, Pantoffelfabrik.
Trothaerstr. 69. Tel. 3385.

Meiner werten Kundschaft zur gefl. Kenntnis, daß ich ein Geschäft in **Altmaterialien, rohen und gegerbten Fellen,** Kl. Sandberg 17, eröffne. Zahle höchste Preise. Reeller Kauf. Ich bitte um zahlreichen Besuch oder durch Postkarte. 4328
Fr. Jeserig.

Ia Kautabak
garantiert reiner Tabak, *2801 Alkohol-Beize, (nicht schimmelnd), 100 große Rollen 95 Mk., 20 Proberollen 21 Mk. gegen Nachn. bietet an
W. Hentrich, Wahren i. Sa. 21,
Hallische Straße 131.

Pelz-Kragen,
Muffen u. Baretts
Neuanfertigungen, Reparaturen und : Umarbeitungen :
in preiswerter, solider Ausführung. 4429
— Aufblenden —
getragener Pelzwaren, sowie
Zurichten u. Färben v. Fellen
schnellstens.
E. Solfrian,
Böllbergerweg 7, II.

Karbidlampen
zu billigsten Preisen kaufen Sie bei 4442
Selka, Martinstraße 5.

Apotheker H. Wicke's
Cikasan,
I. für Kinder,
II. für Erwachsene,
wird von vielen Aerzten gegen **Spul- u. Madenwürmer** mit großem Erfolge verordnet.
Zu haben in Apotheken.
Hauptniederlage:
Apotheke in Reinbek in Holstein. *2401

Geflügel-Ungeziefer
tötet man sofort mit
„Jucksin“.
Die sofortige Wirkung ist geradezu erstaunlich. ¼ Pkt. 2 M., ½ Pkt. 3,50 M., ¹/₁ Pkt. 6 M. Postversand. 4114
Elverge, e.G.m.b.H., Halle
Große Märkerstraße 5.

Kautabak
allerfeinsten Nordhäuser, gibt preiswert ab 4237
H. Hülsse,
Halle a. S., Burgstraße 7, Ecke Brunnenstraße.

Möbel. 4316
Kleidersekretäre u. Vertikos in echt u. gestrichen, Plüschsofa, Ausziehtische, Stühle, Spiegel, Bettstellen mit und ohne Matratz., kompl. Schlafzimmer sowie Kücheneinrichtung. zu 450, 500, 550, 650—1200 Mk. verk.
Max Jungblut,
= Möbelgeschäft =
Albrechtstr. 37.

Zu verkaufen: 1 Stubentisch, 1 Küchenschrank, 1 Wasserbank, 1 Küchenrück, von 5 Uhr nachmittags an. 4441
Gr. Brunnenstr. 40 II l.

---

3 Könige, Kl. Klausstr. 7, Nähe des Marktes.
Bestes Familien-Varieté am Platze!
!!! Der grösste Lacherfolg !!!
sind **Emil Reimers Burlesken.**
Vollständig neuer Soloteil. Neue Possen:
Ehre wem Ehre gebührt.
4446 **Nauke lernt poussieren.**

Edison-Theater, Goethestr. 26.
Dienstag bis Donnerstag:
Konrad Hartls Lebensschicksal
aus den Kriegserlebnissen von 1914—1918.
Spannendes Drama in 5 Akten. 4430

B. B.B.
Beth's Bunte Bühne.
Täglich erntet tosenden Beifall
Oskar Burger, der schlagfertigste Blitzdichter,
sowie die anderen vorzüglichen Kräfte, wie:

Vera Roberts, Liedersänger.	**Lia Coletti,** Tanzkünstler.	**Elsa Burg-Bartels,** Verw.-Soubrette
4424 **Max Riedel** in sein. Type „Der Kavalier“		**Theo Herden,** Grotesk-Komiker

---

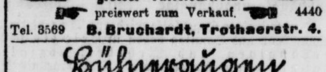
Festsäle „Goldener Hirsch“ Leipziger Str. 63, Fernsprecher 5983.
Mittwoch, den 24. September, von abends 6 Uhr an:
Oeffentlicher Tanz. 66 34

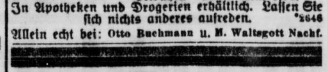
Wilsdorfs Gesellschaftshaus, Karlstr. 14.
Mittwoch von 5 Uhr an: 2187
Oeffentlicher Ball

U.S.P. Holzweißig. U.S.P.
Mittwoch, den 24. September, abends 8 Uhr, bei „Brätzsch“: *2901
Mitglieder-Versammlung.
Das Erscheinen aller Parteigenossen u. -Genossinnen ist dringend notwendig. Die Ortsverwaltung.

Engl. Zigaretten
Goldflake Fair fax, Navy Gut, The Flag u. a. Marken.
:: Nordhäuser Kautabak. ::
Aegypt. Zigaretten, dicke Fassons
:: Memphis, Prinz Leopold, Zergus, :: Basma u. a. Auch deutsche Marken.
Wiederverkäufer günstiger Einkauf. Kein Versand, Verkauf nur ab Lager. 4449
K. Gimpel, Halle a. S., Alte Promenade 6.

In Prima Friedensware sind wieder lieferbar
Douchen und Spül-Apparate
sowie Gummiwaren aller Art
3861
C. Klappenbach, Gr. Ulrichstr. 41.
Fachgeschäft und Versandhaus für sanitäre Artikel. Preisliste gratis. Preisliste gratis.


Von Donnerstag mittag an stehen fortwährend
prima starke hannöversche
Ferkel und große Futterschweine
billig zum Verkauf.
Gebr. Kohlberg, Halle (S.),
„Gasthof zur goldenen Rose“, Rannischestraße 19.
Tel. 6842. *2907

Von Mittwoch, morgens 7 Uhr an, steht ein Transport

prima Ferkel, Läufer- und grosser Futterschweine
preiswert zum Verkauf. 4440
Tel. 3569 **B. Bruchardt, Trothaerstr. 4.**

Hühneraugen
Hornhaut, Ballen und Warzen beseitigt man schnell, sicher und schmerzlos mit
Kukirol. In vielen tausend Fällen glänzend bewährt. Preis Mk. 1,50.
In Apotheken und Drogerien erhältlich. Lassen Sie sich nichts anderes aufreden. *2646
Allein echt bei: Otto Buchmann u. M. Waltsgott Nachf.

Mode-Zeitungen
empfiehlt die
Volksbuchhandlung, Halle a. S., Harz 42/44.

Für unsere Presse!

Parteigenossen!

In allen Gegenden des Reiches zeigt sich ein erfreuliches Interesse am Ausbau unserer Parteipresse. Unser Aufruf zur Gründung von Druckereien und Verlagsgenossenschaften und zur Aufbringung der Mittel durch Hergabe der in Sparkassen und Banken angelegten kleinen Ersparnissen und Kapitalien hat den Eifer der Genossen angespornt. Selbst in kleinen Orten und ländlichen Bezirken arbeiten unsere Parteigenossen im Sinne unseres Aufrufes. So ist eine breite Grundlage für die Finanzierung unserer Presseunternehmungen gegeben.

Voll Hoffnung und Ungeduld drängen die Genossen jetzt bereits mancherorts unverzüglich Presseunternehmungen ins Leben zu rufen. So erfreulich dieser Eifer ist, so muß er doch mit Besonnenheit gepaart sein. Die Schwierigkeiten einer Pressegründung dürfen nicht unterschätzt werden. Es genügt nicht, daß einige zehntausend Mark für einen Pressefonds zusammengebracht werden, wo meistens hunderttausend Mark und mehr erforderlich sind. Deshalb ist überall auf den Rat unserer Bezirksleitungen zu hören und nur im Einvernehmen mit diesen an die Errichtung von Zeitungsunternehmungen heranzutreten. Auch der Rat der Zentralleitung sollte vorher eingeholt werden.

Besonders vorsichtig muß in kleinen Orten und ländlichen Bezirken verfahren werden. Es muß von vornherein mit einem ausreichenden Stamm von Abonnenten gerechnet werden können und zur Finanzierung des Unternehmens ist auch auf die Möglichkeit guter Inseraten- und Druckaufträge sorgfältig Bedacht zu nehmen. Wo diese Vorbedingungen fehlen, dort unterlasse man eigene Gründungen und schließe sich lieber benachbarten Orten und Bezirken an, um mit ihnen gemeinsam ein Unternehmen lebensfähig zu machen. Ein gut ausgebautes Blatt für einen größeren Bezirk ist dann besser, als mehrere kleine Blätter, die keine Entwicklungsmöglichkeit haben und dauernd finanzielle Schwierigkeiten verursachen. Statt der Förderung der Bewegung zu dienen, bereiten solche lebensunfähigen Blätter ihr unermeßlichen Schaden. Nur auf gesunder Grundlage dürfen unsere Preßunternehmungen aufgebaut werden. Erst nach sorgfältiger Prüfung aller Vorbedingungen darf an die Ausführung gegangen werden!

Es ist Ehrenpflicht jedes Parteigenossen, **die Aufbringung der Mittel für unsere Presse nach Kräften zu fördern, die eigenen verfügbaren Gelder in unseren Unternehmungen anzulegen und überall Propaganda für die Zeichnung von Anteilscheinen** unserer Genossenschaften zu machen. Je mehr das geschieht, je mehr unsere Presse überall verbreitet ist, je eher und besser werden wir unsere Ideen in die Massen tragen und sie für uns gewinnen können, damit sie mit uns gemeinsam für die sozialistische Gesellschaftsordnung kämpfen.

Deshalb Genossen! Mit Umsicht und Besonnenheit ans Werk!

Das Zentralkomitee der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Der Sozialismus in Rumänien.

Der Pariser Populaire bringt folgende wichtige Nachrichten über den Sozialismus in Rumänien, über seine Unterdrückung während des Krieges und über seine weitere Entwicklung:

Der Krieg und die militärische Diktatur waren für die rumänische Regierung eine glänzende Gelegenheit, um den Sozialismus in Rumänien zu zerstören. Am Tage, der der Kriegserklärung folgte, wurde das Zentralorgan der Partei „Lupta" (Der Kampf) unterdrückt, alle Organisationslokale geschlossen, jede sozialistische Tätigkeit, selbst die rein gewerkschaftliche, untersagt und zahlreiche Sozialisten nicht nur verhaftet, sondern auch nach Landesgebrauch grausam mißhandelt.

Später folgte dann die Besetzung durch die Deutschen. Deren Herrschaft war zwar nicht besser als die frühere, aber auch nicht schlechter. Doch mußten unter der Herrschaft der Deutschen Hunderte unserer rumänischen Genossen, die entweder, weil sie nicht vor Hunger sterben wollten, gestreikt oder die Aufrufe gedruckt, in denen der erste Mai und die russische Revolution verherrlicht und der Militarismus verdammt wurde, bis zur Revolution im November 1918 lange Jahre ihre „Verbrechen" auf rumänischen oder deutschen Festungen büßen.

Und während dieser gleichen Zeit wütete in dem von den Deutschen nicht besetzten Moldaugebiet der grausamste Terror der rumänischen Regierung gegen die Sozialisten und gegen die Juden. Nach dem Abzug der Deutschen und dem Wiedereinzug der Rumänen wurde es dann noch viel schlimmer. Die Leiter der Kriegszeit und das Beispiel der so nahen russischen Revolution hatten die sozialistischen Bewegung in Rumänien eine ihre bis dahin gänzlich unbekannte gewaltige revolutionäre Kraft gegeben. Auf der anderen Seite wirkte die Unfähigkeit der Regierung, die aus notorischen Kriegsgewinnlern und Spekulanten bestand, und das Fehlen der notwendigsten Nahrungsmittel sowie die gewaltige Teuerung. Alle diese Dinge verursachten im November eine bemerkenswerte Reihe von Streiks aus politischen Tendenzen. Die Organisationen wurden geradezu überschwemmt von den Arbeitermassen, die sich in ihre Reihen drängten. Im Dezember 1918 setzte dann eine furchtbare Reaktion ein. Vielen Sozialisten wurde der Prozeß gemacht und eine große Anzahl zum Tode oder zu langen Zuchthausstrafen wegen politischer Delikte verurteilt.

Trotz dieses weißen Terrors wächst die sozialistische Bewegung in Rumänien ununterbrochen. Während die Zahl der eingetragenen Genossen vor dem Kriege 5—6000 betrug, ist sie jetzt auf über 30 000 angewachsen. Die Zahl der in den Gewerkschaften Organisierten stieg von etwa 8000 auf 70 000.

Nichtsdestoweniger herrscht immer noch eine starke Reaktion in Rumänien und unsere dortigen Genossen haben schwer zu kämpfen. Besonders bemerkenswert ist es, daß ein im Mai abgehaltener sozialistischer Kongreß sich einstimmig für das Grundprinzip der Diktatur des Proletariats ausgesprochen hat.

Frauen-Reichsausschuß.

Uns geht folgender Bericht über eine Tagung des Frauen-Reichsausschusses zu: Im Anschluß an die Reichskonferenz der U. S. P. D. tagte am 11. September 1919 der Frauen-Reichsausschuß. Es war diesmal eine weit größere Anzahl von Bezirken vertreten als sonst: Berlin, Brandenburg, Braunschweig, Bremen, Dresden, Halle, Hamburg, Kiel, Leipzig, Magdeburg, Mecklenburg, Mittelrhein, Niederrhein, Nordbayern, Südwestdeutschland, Thüringen. Unter den nicht vertretenen Bezirken ist Ostpreußen und Stettin mit Randow-Greifenhagen hervorzuheben, die bis jetzt Vertreterinnen entsandt hatten. Nachdem auf der Reichskonferenz die Notwendigkeit und Wichtigkeit einer besonderen und starken Agitation unter den Frauen nahezu einstimmig anerkannt worden war, ist die Bedeutung des Frauen-Reichsausschusses nicht mehr mit den sattsam bekannten Reden von der „Extrawurst" abzutun, im Gegenteil steht für die Zukunft eine noch reichere Beschickung zu erwarten.

Eigentlicher Zweck der diesmaligen Einberufung des Frauen-Reichsausschusses war, eine Aussprache herbeizuführen über die von der internationalen Sekretärin Genossin Zetkin einberufene internationale Frauenkonferenz.

Zwar hatte der Frauen-Reichsausschuß auf seiner Tagung am 7. Juni sich bereits grundsätzlich für den baldigen Zusammentritt einer internationalen Frauenkonferenz ausgesprochen, doch mußte zu dem inzwischen durch Genossin Zetkin ergangenen Aufruf an die sozialistischen Frauen aller Länder nunmehr Stellung genommen und die nachstehende provisorische Tagesordnung besprochen werden. Diese lautet: 1. Die öffentlich-rechtliche Stellung der Frau, 2. Reformforderungen zum Schutze der berufstätigen Frau zur Entlastung der Hausfrau und Mutter, 3. Oeffentliche Erziehung und sozialistische Erziehung im Heim, 4. Internationale Verbindung bzw. Organisation der Sozialistinnen, Gründung eines internationalen Frauenorgans. — Genossin Zietz, als Vorsitzende des Frauen-Reichsausschusses, vertrat in einem längeren einleitenden Referat sowohl die Meinung der Parteileitung als auch ihre persönliche, die übereinstimmend dahin gingen, daß beide sich grundsätzlich für die Beteiligung der U. S. P. aussprachen, doch sei zu erwägen, ob Zeit und Ort der Einberufung günstig gewählt seien. Als internationale Sekretärin habe Genossin Zetkin selbstverständlich alle Richtungen laden müssen, doch sei es unmöglich, als internationale Sozialistinnen zusammenzutreten, ohne zu den Streitfragen der Parteien Stellung zu nehmen. Noch sei nicht entschieden, welcher Internationale die U. S. P. D. sich anschließe. Nehmen wir aber als Mitglieder der U. S. P. eine klare Stellung nicht ein, und das sei im Augenblick gerade in diesem Punkte nicht möglich, da der bevorstehende Parteitag erst darüber zu entscheiden habe, so führe dies notwendig zur Verwirrung und zu Gewissenskonflikten, falls die internationale Frauenkonferenz nach dieser Richtung irgendwelche Beschlüsse fasse. Anders läge die Sache natürlich, wenn die rechtsstehenden Gruppen ausschieden, so daß von vornherein eine klare und deutliche Scheidung zwischen rechts und links vollzogen wäre. Dann wandte sich Genossin Zietz gegen die Schweiz als Tagungsort. Die hohen Kosten infolge des schlechten Standes der deutschen Valuta schränkten die Möglichkeit, mehrere deutsche Genossinnen zu delegieren sehr erheblich ein. Es sei daher Oesterreich als Tagungsort zu empfehlen, was auch einem Wunsche der österreichischen Genossinnen entspräche und dem der Frauen-Reichsausschuß zustimmte.

In der überaus lebhaften Diskussion, an der auch Genosse Haase sich beteiligte, herrschte Uebereinstimmung darüber, daß die Tagesordnung selbst wohl kaum Anlaß zu Meinungsverschiedenheiten geben könne; auf die Art der Vertretung der Beschlüsse komme es aber an, und da hatten die Rechtssozialisten, wie auch kürzlich wieder in Weimar, ganz erbärmlich versagt. Die Frauenintern tionale könne nicht über den Parteien schweben, sondern müsse sich ganz entschieden auf den Boden des internationalen revolutionären Sozialismus stellen, dessen Träger für uns die U. S. P. sei. Ein Kompromiß zwischen den verschiedenen Richtungen innerhalb der Fraueninternationale, die ja kein selbständiges Gebilde sei, müsse von vornherein für ausgeschlossen gelten. Ein Antrag, der zur Klärung dieser Frage wesentlich beitragen dürfte, auf die Tagesordnung zu setzen: Die zukünftige Gestaltung der Fraueninternationale wurde einstimmig angenommen. Weiter wurde beschlossen, die Frage der Frauenerwerbsarbeit ebenfalls auf die Tagesordnung zu setzen. Ein internationales Frauenorgan zu schaffen, lehnt der Frauen-Reichsausschuß ab, doch trat er lebhaft ein für den Ausbau der bereits bestehenden internationalen Frauenkorrespondenz. Genossin Zetkin soll durch Genossin Zietz von diesen Beschlüssen schriftlich in Kenntnis gesetzt werden. — Eine längere Erörterung zeitigte noch die Frage der Stärke der Delegation und deren Kostendeckung; die Entscheidung darüber wurde den Bezirken zugewiesen.

Der zweite Punkt der Tagesordnung: Die Agitation unter den Frauen, brachte nichts wesentlich Neues, zumal dieses Thema auf der letzten Konferenz sehr ausführlich erörtert worden war. Die Genossinnen gaben viele Berichte und persönliche Erfahrungen aus ihren Bezirken, die zeigten, daß überall rege gearbeitet wird, aber noch viel energischer die Aufklärungsarbeit unter den Frauen betrieben werden muß, um sie über das Rätesystem zu unterrichten, sie zur Betätigung eines revolutionären Sozialismus zu erziehen. Dazu bedarf es vieler vereinter Kräfte, und die Mitglieder des Frauen-Reichsausschusses trennten sich in bester Stimmung mit der festen Zuversicht, bei der nächsten Konferenz von noch besseren Erfolgen ihrer Arbeit berichten zu können.

Wirtschaftliche Uebersicht.

Die Entwertung des Geldes.

Die Entwertung des deutschen Geldes hat u. a. eine wenig beachtete aber außerordentlich bedenkliche Erscheinung hervorgerufen. Das Ausland benutzt nämlich den Tiefstand des Markkurses dazu, um in Deutschland wahllos und in großen Mengen Waren aufzukaufen und sofort zu exportieren. Aus Kiel wird uns dazu berichtet, daß die Zahl der dort einlaufenden dänischen Fischerfahrzeuge sich auffällig vermehrt hat. Diese bringen in den meisten Fällen sehr wenig Fische, und es ist offenbar, daß sie nur eine Gelegenheit suchen, um deutsche Häfen anlaufen zu können. Sie kaufen in großem Umfange Klaviere, Maschinen, Möbel und andere Gegenstände und führen sie aus. Aehnliches wird aus dem bergischen Industriebezirken gemeldet. Dort haben ausländische Aufkäufer ganze Lagerbestände an Stahlwaren erworben. Da die Preise aller dieser Waren dem Fallen des Markkurses nicht angepaßt worden sind, führt diese Ausfuhr zu einer Entblößung des deutschen Marktes von Waren, ohne daß eine nennenswerte Entschädigung dafür erzielt wird. Abhilfe steht nicht in Aussicht.

Es ergibt sich hieraus wiederum, wie wenig die Probleme, die aus den schwierigen Finanz- und Wirtschaftsverhältnissen entspringen, von der durchaus unfähigen Regierung gemeistert werden können.

Allerlei.

Schneefall im Riesengebirge. Im Riesengebirge hat es in der Nacht zum Montag stark geschneit. Gestern früh lag der Schnee bis etwa 1000 Meter herab.

Der historische Materialismus.

Von Franz Mehring.*)

Das Buch ist eine der besten Einführungen in Marx Werke und Gedankenwelt, die wir kennen. Die glänzende Feder Franz Mehrings bürgt dafür, daß auch der Arbeiter das Buch mit innerem Gewinn lesen kann.

Proudhon hatte seinem Buche den Titel gegeben: Das System der ökonomischen Widersprüche und den Nebentitel: Die Philosophie des Elends. Danach benannte Marx seine Gegenschrift: Das Elend der Philosophie und schrieb sie in französischer Sprache, um den Gegner desto sicherer zu treffen. Das ist ihm nun nicht gelungen, denn Proudhons Einfluß auf die französische Arbeiterklasse und das Proletariat der romanischen Länder überhaupt, stieg vielmehr, statt daß es sank, und Marx hat noch jahrzehntelang mit dem Proudhonismus zu schaffen gehabt.

Der Wert seiner Gegenschrift wird dadurch jedoch in keiner Weise verringert und nicht einmal ihre historische Bedeutung. Sie bildet einen Markstein, wie im Leben ihres Verfassers, so in der Geschichte der Wissenschaft. In ihr sind die entscheidenden Gesichtspunkte des historischen Materialismus zuerst wissenschaftlich entwickelt worden. Blitzen sie in früheren Schriften wie einzelne Lichtfunken auf; so hat Marx sie später in epigrammatischer Form zusammengefaßt, aber in der Schrift gegen Proudhon entfalten sie sich in der überzeugenden Klarheit einer siegereichen, wissenschaftlichen Tat, die Marx vollbracht hat; sie leistete für die Geschichtswissenschaften, was Darwins Theorie für die Naturwissenschaft geleistet hat.

Engels hat seinen Anteil daran, und auch einen größeren Anteil als er selbst in seiner Bescheidenheit zugeben wollte, aber die klassische Formgebung des Grundgedankens hat er wohl mit Recht seinem Freunde ausschließlich zugeschrieben. Nach seiner Erzählung hat ihm, als er im Frühjahr 1845 nach Brüssel kam, Marx den Grundgedanken des historischen Materialismus fertig ausgearbeitet vorgelegt, den Grundgedanken nämlich: daß die ökonomische Produktion und die aus ihr mit Notwendigkeit folgende gesellschaftliche Gliederung einer jeden Geschichtsperiode die Grundlage bilde für die politische und intellektuelle Geschichte dieser Periode; daß demgemäß die ganze Geschichte eine Geschichte von Klassenkämpfen gewesen sei, Kämpfe zwischen ausgebeuteten und ausbeutenden, beherrschten und beherrschenden Klassen auf verschiedenen Stufen der gesellschaftlichen Entwicklung; daß dieser Kampf aber jetzt eine Stufe erreicht habe, wo die ausgebeutete und unterdrückte Klasse, das Proletariat, sich nicht mehr von der ausbeutenden und unterdrückenden Klasse, der Bourgeoisie, befreien könne, ohne zugleich die ganze Gesellschaft für immer von Ausbeutung und Unterdrückung zu befreien.

Es ist eben dieser Grundgedanke, der sich in der Schrift gegen Proudhon auseinander legt, wie ein Brennpunkt in der Fülle der Lichtstrahlen, die in ihm zusammenschießen. In schroffem Gegensatze zu der Weitschweifigkeit, die in den Polemiken mit Bruno Bauer und Stirner so manchesmal ermüden, ist die Darstellung von einer unvergleichlichen Klarheit und Knappheit; das Boot wird nicht mehr durch einen Sumpf gezogen und gestoßen, sondern segelt unter frischen Winde auf bewegter Flut.

Die Schrift zerfällt in zwei Teile, in deren ersten sich Marx, um ein Wort Lassalles anzuziehen, als Sozialist gewordener Ricardo, in deren zweiten aber als Oekonom gewordener Hegel zeigt. Ricardo hatte nachgewiesen, daß der Austausch der Waren in der kapitalistischen Gesellschaft gemäß der ihnen enthaltenen Arbeitszeit erfolge; diesen „Wert" der Waren wollte Proudhon „konstituiert" wissen, so daß sich bei gleicher Arbeitsmenge das Produkt des einen gegen das Produkt des anderen austauschen sollte; die Gesellschaft sollte dadurch reformiert werden, daß sich alle Menschen in unmittelbare, gleiche Arbeitsmengen austauschende Arbeiter verwandelten. Diese „egalitäre" Schlußfolgerung aus der Theorie Ricardos hatten schon englische Sozialisten gezogen und sie auch praktisch zu verwirklichen gesucht, aber ihre „Tauschbanken" waren alsbald bankrott geworden.

Marx wies nun nach, daß die „revolutionäre Theorie", die Proudhon für die Emanzipation des Proletariats entdeckt haben wollte, nur die Formel für die moderne Sklaverei der Arbeiterklasse sei. Aus seinem Wertgesetz hatte Ricardo logischerweise sein Lohngesetz gefolgert; der Wert der Ware Arbeitskraft bemißt sich nach der Arbeitszeit, die notwendig ist zu der Herstellung der Gegenstände, die der Arbeiter braucht, sein Leben zu fristen und seine Rasse fortzupflanzen. Es ist eine bürgerliche Illusion, sich den individuellen Austausch ohne Klassengegensatz vorzuspiegeln, um in der bürgerlichen Gesellschaft einen Zustand der Harmonie und ewigen Gerechtigkeit zu erdichten, der niemanden erlaube, sich auf Kosten der anderen zu bereichern.

Wie sich die Dinge wirklich vollziehen, sagte Marx mit den Worten: „Mit dem Augenblick, wo die Zivilisation anfängt, beginnt die Produktion sich aufzubauen auf dem Gegensatze der Berufe, der Stände, der Klassen, schließlich auf dem Gegensatze zwischen angebäufter und unmittelbarer Arbeit. Ohne Gegensatz kein Fortschritt; diesem Gegensatz ist die Zivilisation bis heute gefolgt. Bisher haben sich die Produktivkräfte auf Grund dieser Herrschaft des Klassengegensatzes entwickelt." Wenn Proudhon durch seinen „konstituierten Wert" dem Arbeiter, das immer größere Produkt sichern wollte, das er an jedem Arbeitstage durch den Fortschritt der gemeinschaftlichen Arbeit erzielte, so wies Marx darauf hin, daß die Entwicklung der Produktivkräfte, die dem englischen Arbeiter 1840 ermöglichte, siebenundzwanzigmal mehr zu produzieren, als im Jahre 1770, von historischen Bedingungen abhängig gewesen sei, die auf dem Klassengegensatze beruhten: Anhäufung von Privatkapitalien, moderner Arbeitsteilung, anarchistischer Konkurrenz, Lohnsystem. Um einen Arbeitsüberschuß zu erlangen, mußte es Klassen geben, die profitierten, und Klassen, die verkamen.

Als erste Probe seines „konstituierten Werts" hatte Proudhon Gold und Silber angegeben; aus der souveränen Weihe, die ihnen das Siegel der souveränen Weihe aufgedrückt habe, seien sie als Geld hervorgegangen. Mit nichten, erwiderte Marx. Das Geld ist keine Sache, sondern ein gesellschaftliches Verhältnis; wie der individuelle Austausch, entspricht es einer bestimmten Produktionsweise. „In der Tat, man muß jeder historischen Erkenntnis bar sein, um nicht zu wissen, daß die Souveräne sich zu allen Zeiten den wirtschaftlichen Verhältnissen fügen mußten, aber ihnen niemals das Gesetz diktiert haben. Sowohl die politische, wie die bürgerliche Gesetzgebung proklamieren, protokollieren nur den Willen der ökonomischen Verhältnisse . . . Das Recht ist nur die offizielle Anerkennung der Tatsache." Das Siegel der Souveräne drückte dem Golde nicht den Wert, sondern das Gewicht auf; auf dem „konstituierten Wert" passen Gold und Silber wie die Faust aufs Auge; gerade in ihrer Eigenschaft als Wertzeichen sind sie von allen Waren die einzigen, die nicht durch ihre Produktionskosten bestimmt werden, wie sie denn in der Zirkulation durch Papier ersetzt werden können, was längst von Ricardo klargestellt sei.

Auf das kommunistische Endziel deutete Marx durch den Nachweis, daß die „richtige Proportion zwischen Angebot und Nachfrage", nach der Proudhon suche, nur möglich gewesen sei in jenen Zeiten, wo die Produktionsmittel beschränkt gewesen seien, wo der Austausch sich in ordentlich engen Grenzen vollzogen, wo die Nachfrage das Angebot die Konsumtion die Produktion beherrscht habe. Sie sei unmöglich geworden mit dem Entstehen der Großindustrie, die schon durch ihre Werkzeuge gezwungen sei, in beständig größerem Maße zu produzieren, die nicht auf die Nachfrage warten könne, die mit Naturnotwendigkeit in beständiger Aufeinanderfolge den Wechsel von Prosperität und Depression, Krisis, Stockung, neuer Prosperität und so fort durchmachen müsse. „In der heutigen Gesellschaft, in der auf dem individuellen Austausch basierter Industrie, ist die Produktionsanarchie die Quelle so vielen Elends, gleichzeitig die Ursache allen Fortschritts. Demnach von zwei Dingen eins: Entweder man will die richtigen Proportionen früherer Jahrhunderte mit den Produktionsmitteln unserer Zeit, und dann ist man Reaktionär und Utopist in einem. Oder man will den Fortschritt ohne Anarchie; und dann verzichtet man, um die Produktivkräfte beizubehalten, auf den individuellen Austausch".

*) Wir entnehmen diesen Artikel dem vorzüglichen Werke von Franz Mehring: Karl Marx, Geschichte seines Lebens. Verlag Leipziger Buchdruckerei A.-G. Preis 8 M.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219190923-12/fragment/page=0005

Wohnungselend und Kommunalisierung.

Bei Eröffnung der gestrigen Stadtverordnetensitzung gab der Vorsteher, Genosse Hennig, eine Entschließung der Fleischer-Innung bekannt, die sich für die Freigabe der Wurstbereitung und gegen die Forderung des Zentralverbandes der Fleischer auf Kommunalisierung der Schlachtungen ausspricht. Die Sache wurde dem Petitionsausschuß überwiesen. Ferner machte der Reichsbund der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen in einer Eingabe auf die Notlage der Kriegshinterbliebenen aufmerksam, die keine Mittel haben, sich für den kommenden Winter Heizmaterial zu besorgen. Der Bund bittet, ausreichende Mittel für Beschaffung von Kohlen an die Kriegshinterbliebenen bereitzustellen. Der Antrag wurde dem Haushaltsausschuß überwiesen. Eine Eingabe von Interessenten auf Abhaltung des Oktobermarktes wurde dem Petitionsausschuß überwiesen. Eine sehr interessante Eingabe der Gemeinden Dölau, Nietleben, Lieskau, Schiepzig und Brachwitz wegen der kläglichen Verhältnisse auf der Eisenbahn Halle-Hettstedt, deren Verwaltung gar keine Rücksicht auf die Bedürfnisse des arbeitenden Publikums nimmt, soll dem Regierungspräsidenten mit dem Bemerken überreicht werden, daß die Stadtverordnetenversammlung von Halle sich dem Protest anschließt. Es wurde ferner mitgeteilt, daß der Magistrat dem Beschluß der Stadtverordneten auf Bezahlung der Streiktage der Straßenbahner im Februar und März nicht beigetreten ist.

Auf die Anfragen des Stadtv. Hildebrandt wegen vorgekommener Uebergriffe der Polizei ist der Versammlung das Ergebnis der Untersuchungen des Magistrats zugegangen. Hierzu gab Genosse Hildebrandt folgende Erklärung ab: „Zu den Mitteilungen des Magistrats habe ich zu erklären, daß ich in der Sache Sobanski meine Ausführungen zurücknehme, da anscheinend der Sobanski mit seinen Angaben nur renommiert hat. Die Sache Hildebrandt hat durch Aussprache mit Herrn Kommissar Unger ihre Erledigung gefunden. In der Sache Reiwand steht Aussage gegen Aussage. In den anderen, die Jugendlichen betreffenden Fällen habe ich die Angaben nach Mitteilungen gemacht, die ich für wahr hielt. Außerdem ist das Vorgehen gegen Flugblattverbreiter streifelsfrei festgestellt. Meine Freunde stehen heute noch auf dem Standpunkt, daß die Verbreitung von Flugblättern gesetzlich gestattet ist. Vernehmungen in Betrieben durch Beamte sind ausgeschlossen. Ebenso entspricht die Untersuchung im Falle Steinbrecher der Darstellung, die ich gegeben. Damit halte ich die Angelegenheit für erledigt."

Das Wohnungselend.

Stadtv. Walke empfahl namens des Kleinwohnungs-Ausschusses die Ablehnung der Magistratsvorlage auf Errichtung von Wohnbaracken, über die das Volksblatt gestern bereits berichtete. Der Ausschuß kommt deshalb zur Ablehnung, weil die geforderte Summe von 225 000 Mk. in keinem Verhältnis steht zu den 20 Wohnungen, die im Winter gar nicht bewohnbar sind, und die bei der herrschenden Wohnungsnot gar nichts ausmachen. Persönlich trat Stadtv. Walke dennoch für Annahme ein, da etwas immer besser als gar nichts sei. Man könne auch Bureaus, die sich noch in Wohnungen befinden, in die Baracken verlegen, wodurch wieder Wohnräume frei würden. Namens des Haushaltsausschusses empfahl Stadtv. Reiwand die Annahme, so daß die Tatsache zu verzeichnen ist, daß zwei Ausschüsse in derselben Sache einen entgegengesetzten Beschluß gefaßt haben.

Die Debatte, die sich nun entwickelte, gab Zeugnis davon, daß noch viel geschehen kann, um die Wohnungsnot zu lindern. Die meisten Redner sprachen für Ablehnung des Antrages und zeigten Mittel und Wege, wie man ohne solche wucherische Ausgaben der Wohnungsnot beikommen könne. Die Stadtverordneten, die als Soldaten am eigenen Leibe die Freuden einer Holzbaracken-wohnung im Winter kennengelernt hatten, so Genosse Günther, Stadtverordneter Heine und Stadtv. Bretschneider, wandten sich, teilweise sehr temperamentvoll, gegen diesen Plan. Allerdings wollten die Befürworter des Antrages, in erster Linie die Leiterin des städtischen Wohnungsamtes, diese Baracken nur für den äußersten Notfall errichtet wissen, wenn es sich darum handele, direkt Obdachlose solange unterzubringen, bis eine Wohnung für sie ausfindig gemacht sei. Frau Lange schilderte in längeren Ausführungen, die Bemühungen des Wohnungsamtes. Der Bericht gab ein typisches Bild von den bureaukratischen Zuständen, in denen wir nach wie vor leben. Vor alle wirklich durchgreifenden Maßnahmen wird das der gesetzlichen Unmöglichkeit gestellt. Bureaus kann man nicht aus den Wohnungen entfernen, das Gesetz verbietet es. Kasernen gibt es nicht — die Militärverwaltung braucht sie angeblich. — Genosse Albrecht wies sehr richtig darauf hin, daß bei nach den Bestimmungen des Friedensvertrages unsere Truppenzahl so niedrig sein müsse, daß zum mindesten die Artilleriekaserne freigemacht werden könnte. Sollte man sich etwa mit dem Plänchen tragen, in den Kasernen — Polizeitruppen unterzubringen, diese neueste Schöpfung Noskescher Schlauheit, um den Friedensvertrag zu umgehen? Wenn Frau Lange auch ihre Bemühungen schilderte, eine Schule freizubekommen, so muß man dem Zwischenrufer recht geben, der entrüstet ausrief: „Erst die Kasernen und dann die Schulen!" Sollen unsere Kinder wieder zusammengepfercht in wenigen Räumen mangelhaften Unterricht genießen, während faule Bäuche in den Kasernen herumlungern, um bei Gelegenheit dem Volke blaue Bohnen in den Leib zu jagen? Merkwürdige Wohnungspolitik! Wenn Frau Lange darauf hinwies, daß von den 1322 Großwohnungen über acht Zimmer 605 Wohnungen durch Abtrennung bereits belegt seien, während überhaupt 573 Wohnungen geschaffen wurden, daß also diese Quelle bald versiegen würde, so wurde ihr mit Recht von Genossin Krüger, Genossen Albrecht, Herrn Bretschneider und Herrn Wilke entgegengehalten, wie viele Villen noch fast leerständen. Die Villenbesitzer glauben, ihrer Pflicht genügt zu haben, wenn sie — ein möbliertes Zimmer vermieten. In der Germarstraße, in der Kaufenstraße und in anderen Gegenden gibt es noch Villen, die von alleinstehenden Damen bewohnt werden. Fort jetzt mit den Zwirnsfäden veralteter Gesetze, wenn die Not zum Himmel schreit. Schon längst ist der Antrag an die Regierung ergangen, Halle zum Notstandsbezirk zu erklären und dadurch Zwangseinquartierungen zu ermöglichen. Die vielgeschmähte Münchener Räterepublik war es, die bewiesen hat, daß man durch radikales Zupacken auf diesem Gebiet viel ändern kann. Und diese Verfügungen hat auch die jetzige bayerische Regierung bestehen lassen!

Der Magistratsantrag wurde schließlich dem Bauausschuß zur nochmaligen Beratung überwiesen.

Kommunalisierung und Sozialisierung.

Eine lebhafte Diskussion rief der Dringlichkeitsantrag Kürbs auf Nutzbarmachung von Bodenschätzen, den wir bereits veröffentlicht haben, ferner auch der Antrag der Sozialisierungskommission auf Schaffung verschiedener Kommunalbetriebe hervor. Der Sozialisierungsausschuß empfahl Ueberweisung an den Magistrat zur Schaffung von Unterlagen, und alle Parteien erklärten sich im Prinzip mit der Absicht der Kommunalisierung einverstanden. Allerdings lag dieser äußeren Einheit, wie Gen. Bock treffend bemerkte, eine innere anscheinend nicht zugrunde, da die Meinungen über den Wert und die Aussichten der Kommunalisierung weit auseinandergingen. Die Demokraten und die Deutschnationalen waren sehr skeptisch und meinten, nur solche Betriebe rentierten sich in städtischer Regie, die Monopolbetriebe darstellten. Mit Recht traten den mehrere Genossen entgegen, die darauf hinwiesen, daß es nicht unsere Schuld ist, wenn bis jetzt noch nichts getan würde, die Vorbedingungen für eine gedeihliche Kommunalisierung zu schaffen. Herr Minner, diesem Prachtexemplar von einem Demokraten, war es vorbehalten, die Debatten auf das Niveau von Stammtischgeschwätzel herabzuziehen. Dieser Fortschrittsmann warnte vor dem „Experiment" der Kommunalisierung und rief pathetisch aus: Hände davon! Ach wenn doch Herr Minner erst einmal davon abließe, zu allen Sachen seine Bürgervereinsreden zu halten. Gen. Bock wies nach, daß die kapitalistische Entwicklung von selber den Weg der Ausschaltung jener privaten Konkurrenz gehe, die nach Ansicht des Nationalökonomen Minner allein das Hindernis der Kommunalisierung von nicht monopolisierten Wirtschaftszweigen ist. Amerika, das klassische Land der kapitalistischen Entwicklung, gebe genug Beispiele für diese Vertrustung und Kartellierung. Unsere Regierung stelle allerdings der Sozialisierung und Kommunalisierung dauernd Schwierigkeiten entgegen. Herr Minner werde sich daran gewöhnen müssen, daß die Zeit nicht stehen bleibt. — Unglaublich sympathischer als sein Parteifreund Minner wirkte Herr Hoe, der zu diesen Fragen als Bodenreformer nicht als Parteimann Stellung nahm. Seine Ausführungen deckten sich in manchem mit unseren Anschauungen, aber diesen Leuten fehlt eben die klare Erkenntnis, daß Grund und Boden in einer vollsozialisierten Wirtschaft den Segen der Allgemeinheit bringen können, den sie wünschen. Die Debatte hat bewiesen, daß nur der die Fragen der Kommunalisierung wirklich meistern kann, der den Einblick in die Zusammenhänge der ökonomischen Entwicklung besitzt.

Zum Schluß wurde noch ein Dringlichkeitsantrag Dürrfeld verhandelt, der vom Magistrat verlangt, daß Schritte zur

Kommunalisierung der Milchversorgung

unternommen werden sollen. Stadtv. Dürrfeld, der den Antrag begründete, hatte es wahrlich leicht, denn die Mißstände auf diesem wichtigen Gebiete der Nahrungsmittelversorgung sind skandalös. Die Rationierung steht nur auf dem Papier, und die Milchversorgung unserer Kinder ist durch das verbrecherische Vorgehen der Milchschieber und in erster Linie der Erzeuger gefährdet. Stadtv. Brunt wies darauf hin, daß die Milch noch nicht einmal in einwandfreiem Zustand in die Hände der Konsumenten gelange. Stadtv. Finger belastete seine agrarischen Freunde außerordentlich durch seine Ausführungen! Er beschuldigte manche Milchlieferanten direkt als Erpresser, die jetzt, wo die staatliche Herrpeitsche nicht mehr hinter ihnen stehe, einfach telegraphierten: „Wenn Sie mir nicht den Milchpreis erhöhen, so liefere ich morgen keine Milch." Den Preis darf aber die Stadt ohne Zustimmung des Regierungspräsidenten nicht erhöhen; diesen Erpressern ist es gleich, ob die armen Kinder in der Stadt umkommen oder nicht. — Genossin Krüger geißelte die Mißstände bei der Milchverteilung, bei der die Händler dem, der viel zahlen kann, die Milch geben, die sie selber zu teurem Preise beim Gutsbesitzer holen. Gen. Bock wies nach, wie sehr die Milchversorgung von der allgemeinen Versorgung abhängt. Die Schwarzschlachtungen haben sehr zugenommen seit der Freigabe des Leders. Ein Bauer bekommt ja für die Haut bald ebensoviel wie für das ganze Tier. Und so wird eben daraufhin geschlachtet, während die Milchversorgung zusammenbricht. Fleisch kriegen wir natürlich auch nicht zu sehen, das wandert in die Häuser der Reichen. Der Antrag wurde dem Sozialisierungsausschuß überwiesen.

Zwischendurch wurden verschiedene

kleinere Vorlagen

erledigt. Die Aufhebung von Verträgen zwischen der Stadt und verschiedenen Grundstückseigentümern über den Ausbau von Straßen wurde gebilligt. Eine Rudegeld für eine Witwe und ein Betrag für einige gemeinnützige Einrichtungen wurden bewilligt. Eine Debatte gab es nur bei dem Magistratsantrage auf Verstärkung des Feuerwehrpersonals um 10 Feuerwehrmann, 1 Feldwebel und 1 Oberfeuerwehrmannsstelle. Gen. Kürbs beantragte 12 neue Leute einzustellen, aber keine Vorgesetzte, die es bei der Feuerwehr schon genug gäbe. Stadtrat Wurm erklärte, bei Bränden müßten immer Vorgesetzte anwesend sein. Gen. Ottenburg wies es aber nach, daß jetzt schon bei 90 Leuten 19 Vorgesetzte vorhanden seien. Der Abänderungsantrag Kürbs wurde schließlich mit den 32 bürgerlichen gegen 29 Stimmen abgelehnt. Dann wurde beschlossen, daß Kleidergeld für Kriminal-Polizeibeamte um 200 Prozent zu erhöhen. Die Schaffung von drei neuen Hoftaufeberstellen zur Bewachung des Polizeigefängnisses wurde genehmigt, ebenso wie verstärkte Mittelanwendung aus dem gemeinschaftlichen Dispositionsfonds 1919 für technische Angestellte der Hochbauverwaltung. Die Zahl der Angestellten des Wohnungsamtes, dessen Arbeit ja ungeheuer gewachsen ist, wurde erheblich vermehrt: 3 weitere Techniker, 3 weibliche Hilfskräfte und ein Bureauassistent müssen neu eingestellt werden. Einigen Gesuchen von Umwandlung von Bureauassistentenstellen in Sekretärstellen wurde stattgegeben. Der Verpachtung von Acker an den Schreiberverein Halle-Ost wurde zugestimmt. Der Dringlichkeitsantrag auf Schritte zur Milderung der zu erwartenden Not an Hausbrand wurde auf Vorschlag des Sozialisierungsausschusses dem Magistrat überwiesen.

Halle und Saalkreis.

Halle, den 28 September 1919.

Arbeiterbildungsausschuß und Volkshochschule.

Allenthalben nehmen die Bildungsausschüsse ihre Arbeit kräftig wieder auf. Zu gleicher Zeit entstehen heute überall nebenher Volkshochschulen. Wie stehen beide zueinander? Beide dienen in gleicher Weise der Bildung des Volkes. Beide müssen aber auch fernerhin unbedingt nebeneinander bestehen bleiben. Der Bildungsausschuß bleibt eine Einrichtung ausschließlich der Arbeiterschaft. Die Volkshochschule dagegen will außerhalb irgendwelcher Parteirichtung der gesamten Volksbildung dienen. Es muß aber von heute ab ein bestimmter Zusammenhang hergestellt werden zwischen dem Bildungsausschuß und der Volkshochschule. Die Mitglieder des Arbeiterbildungsausschusses müssen im großen Volkshochschulausschuß unbedingt Sitz und Stimme haben und ein Teil von ihnen auch ständig im engeren Studienausschuß vertreten sein. Andererseits muß sich der Plan der Volkshochschule in den des Bildungsausschusses organisch einfügen lassen. Beide dürfen sich nicht durchkreuzen und die bildungshungrige Arbeiterschaft spalten. Sie müssen zusammenarbeiten. Denn die Errichtung der Volkshochschule ist eine alte Forderung der Arbeiterschaft, die ohne den Bildungsausschuß, der ihr Vertrauen genießt, nicht lebensfähig sein darf und kann. So wird also der Arbeiterbildungsausschuß auf die neugegründete Hallische Volkshochschule in den neuzugestaltenden Ausschüssen einen großen Einfluß erhalten müssen. Wenn nun ferner die Arbeiterschaft den größten Teil der Zuhörerschaft bildet, so wird sie selbst bald außerdem noch mehr Einfluß auf die Gestaltung der Volkshochschule gewinnen, nämlich dadurch, daß sie in den Schülerräten stark vertreten sein wird, die ihrerseits wieder im großen Volkshochschulausschuß Sitz und Stimme haben werden.

Jeder Einsichtige wird sofort den ungeheuren Vorteil dieses Einflusses erkennen. Darum erhebt sich die Forderung: Möglichst viel werktätig Schaffende müssen Hörer der Volkshochschule Halle werden, damit die Volkshochschule Halle wirklich die Hochschule der Arbeiterschaft werden kann — neben dem Bildungsausschuß.

Es bedurfte tatsächlich vieler langwieriger Beratungen und mancher Klärung, bis der kleine Plan der Volkshochschule Halle fertiggestellt werden konnte. Alle Themen, die in ihrer Behandlung Reibungsflächen bieten könnten, mußten von vornherein ausgeschaltet werden. Sie mußten wirklich der Arbeiterbildung nützen. Sie mußten instruktiv sein und allgemein interessieren. Sie mußten sich einordnen lassen in den Rahmen des Programms des Arbeiterbildungsausschusses. Irgendwelche Sonderinteressen fanden daher keine Berücksichtigung. Es mußte eine allgemeine, breite Basis geschaffen werden, auf der nun weiter aufgebaut werden kann.

Nach Weihnachten werden dann noch ganz andere spezielleren Themen ausgewählt werden — unter Mitwirkung des Bildungsausschusses, der Schülerräte und deren Dozentenschaft. (Staatsverfassung, kommunale Praxis, Verwaltungsfragen, Fragen des täglichen Lebens, nationalökonomische Probleme, Philosophie, Religion, Geschichte usw.). Nebenher verfolgt dann der Bildungsausschuß seine Ziele konsequent weiter.

Die Volkshochschule wird demnächst ihr Programm veröffentlichen. Jeder einsichtige Arbeiter kann daraus ersehen: 1. daß nur wirklich hervorragende Lehrer gewonnen sind, 2. daß Fragen behandelt werden, die zur Hebung der Allgemeinbildung nötig sind, 3. daß jegliche Möglichkeit einer anderen unerwünschten Beeinflussung als nur der rein wissenschaftlich-volkstümlichen ausgeschlossen ist. Um nun zu verhindern, daß, wie in anderen Orten (Magdeburg z. B.) sich Kreise in die Volkshochschule eindrängen, die diese Kurse gar nicht zu würdigen wissen, oder in ihrem Sinne beeinflussen könnten, wird der größte Teil der Karten nur für die Gewerkschaften ausgegeben werden. Das ist schon eine der allerwichtigsten Errungenschaften dabei!

Wie ein Blitzlicht hat ja die Revolution erwiesen, daß nur eine echte Allgemeinbildung der Arbeiterschaft die Erreichung ihrer Ziele gewährleistet. Heute muß unermüdliche, konsequente Bildungsarbeit jedes einzelnen, ob jung, ob alt, männlichen oder weiblichen Geschlechts, an sich erfolgen. Ergreife daher jeder die Gelegenheit, noch diesem Winter — für Kohlen ist auch bereits gesorgt — alle Bildungsmöglichkeiten, welche der Bildungsausschuß die sozialistischen Studenten und die Volkshochschule bieten, mag es kosten, was es wolle, sofort für sich auszunutzen. Die Zeit drängt. Und die Früchte reifen schnell. Und das Rad der Weltgeschichte steht nicht still. Darum hinein in die Hallische Volkshochschule! Damit sie ganz unser werde!

Kilians Hungerstreik beendet.

Der Untersuchungsrichter beim Landgericht läßt uns heute eine Aeußerung über den Grund und den Verlauf des Hungerstreiks zugehen, in den unser Genosse Kilian eingetreten ist, um die endliche Aufnahme der Verhandlung zu erzwingen. Eine Berufung auf den Paragraphen 11 des Preßgesetzes war ganz überflüssig, denn unsere Veröffentlichungen hatten ja den Zweck, die Gerichtsbehörden zu einer amtlichen Aeußerung über den Stand des Verfahrens zu veranlassen und eine Beschleunigung herbeizuführen. In dem Schreiben, das auch der bürgerlichen Presse zugegangen ist und von dieser natürlich in bekannter Manier glossiert wird, heißt es:

„Das Verfahren gegen den Schriftleiter Otto Kilian ist mit der denkbar größten Beschleunigung geführt worden. Die 132 Seiten Maschinenschrift umfassende Anklageschrift ist bereits am 9. September fertiggestellt. Sie ist nach Anfertigung der nötigen Reinschriften dem Angeklagten alsbald zugestellt worden. Der Hungerstreik Kilians hat darin bestanden, daß er vom Dienstag, den 16. 9. nachmittags, bis Freitag, den 19. 9. nachmittags, die Annahme der Anstaltsverpflegung verweigert und nur die von privater Seite reichlich für ihn eingeführten Lebensmittel verzehrt hat. Von dem Stande der Voruntersuchung hat der Verteidiger Kilians dauernd Kenntnis gehabt."

Wir sind der Ansicht, daß es dem Genossen Kilian herzlich wenig nützen konnte, wenn die Anklageschrift „schon" am 9. September fertiggestellt war, also mehr als ein halbes Jahr nach seiner Festnahme. In seinen Besitz ist das Aktenstück erst am Sonnabend gelangt, worauf er dann den Streik abbrach, weil sein Zweck erfüllt war. Die Behauptung des Untersuchungsrichters, daß Kilian nur die Aufnahme der Anstaltsnahrung verweigert und dafür mit um so größerem Appetit die ihm von privater Seite reichlich eingeführten Lebensmittel verzehrt habe, entspricht nicht den Tatsachen. Es sind ihm keinerlei Lebensmittel zugeführt worden, außer am vergangenen Donnerstag von seiner Frau, deren Annahme bzw. Genuß er aber verweigert hat. Damit fallen auch die Verleumdungen der bürgerlichen Presse, daß Kilians Hungerstreik ein Schwindel gewesen sei, in sich zusammen, wie auch die gehässigen Angriffe gegen das Volksblatt, das sich der Sache eines seiner Redakteure energisch angenommen hatte, durch die einfache Tatsachenfeststellung gebührend gekennzeichnet sind. Daß die Anklage gegen K. eröffnet werden soll, dürfte ihm jedenfalls bekannt gewesen sein, aber nicht, wann die Verhandlung stattfindet. Und um der quälenden Ungewißheit über die Dauer der Untersuchungshaft ein Ende zu machen, hat Kilian zu dem Mittel der Nahrungsverweigerung gegriffen. Der Zweck seines Entschlusses ist erreicht zum Aerger der antisemitisch-demokratischen Hetzpresse.

Die Hallesche Zeitung sucht dem Untersuchungsrichter noch dadurch beizuspringen, indem sie schreibt, die Voruntersuchung ziehe sich im Gegensatz zum Münchener Geiselmordprozeß darum so in die Länge, weil es sich hier „um ein ganz feines und verzwecktes Intrigenspiel Kilians und seiner Genossen handelt, das sich vom November bis März erstreckt." Die hoffentlich recht bald folgende Verhandlung, die nach unseren Informationen etwa zwei bis drei Wochen in Anspruch nehmen

Donnerstag und Freitag bleiben unsere Geschäftsräume Feiertags halber geschlossen.
S. Weiss, Leipzigerstr. 105/6 am Markt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219190923-12/fragment/page=0006

currre, wird jedenfalls Aufschluß geben über dieses etwas sagenhafte Intrigenspiel. Dieses „Intrigenspiel" soll darin bestehen, daß Kilian für alles das verantwortlich gemacht wird, was sich seit dem 9. November in Halle ereignet hat. Als Unterlage sollen sogar Volksblattaufsätze dienen in Ermangelung anderen Beweismaterials. Kilian wird bezichtigt der Nötigung an der Saalezeitung, der Bedrohung verschiedener bürgerlicher Persönlichkeiten, der vorgenommenen Bewaffnung, er ist nach Ansicht des Staatsanwalts verantwortlich für die Todesopfer, die seit dem Einzug der Noskegarden in Halle zu beklagen sind; er ist verantwortlich für die 12 Millionen Schaden, die durch die vorgekommenen Plünderungen verursacht sind. Ja, er soll diese Plünderungen sogar organisiert haben. Dieses wunderbare „Anklagematerial" soll durch Vernehmung von etwa 100 Zeugen gestützt werden. Soviel schon heute zu ersehen ist, handelt es sich um nichts anderes, als darum, einen „Schuldigen" zu suchen, an dem die bürgerliche Gesellschaft ihre Wut auslassen kann. Man will Rache nehmen für den 9. November. Wie allenthalben, so wollen auch die Hallischen Gegenrevolutionäre ihr Opfer haben. Sie werden keine Freude erleben!

„Der kommunistische Hexenkessel in Halle."

Außer dem Vorsitzenden der Kommunistischen Partei, Steinbrecher, wurden gestern noch die Mitglieder der Ortsgruppe, Tietzsch, Engel, Schmidt, Schnur, Göhre, Kaiser, Frau Germey und der bekannte Wanderredner Plettner verhaftet, der unter dem Namen Brauer in viele Versammlungen eine fanatische Hetze gegen die U. S. P. betrieb. Auch Fräulein Emmy Hoffmann ist festgenommen worden, warum, weiß anscheinend kein Mensch. Ueberhaupt sind die Beschuldigungen gegen die Verhafteten höchst unklar. Festzustehen scheint, daß die beiden Münchener „Kommunisten", die den Plan gefaßt haben sollen, den Spitzel Hartung zu ermorden ausgemachte Halunken sind, und wir bezweifeln es sehr, daß diese Gauner, wie die geheimnisvoll schwatzende Hallesche Zeitung behauptet, ausdrücklich zu Mordzwecken herberufen wurden. Vielmehr scheinen diese abgefeimten Burschen, deren einer neulich in der Merseburger Straße einen jungen Schlosser überfiel, die Genossen der K. P. auf's Glatteis geführt zu haben. Merkwürdig berührt es, wenn man sieht, wie die Genossen auf einen Schlag verhaftet wurden, nachdem die beiden „Münchener" ihre Aussage gemacht hatten. Man denkt unwillkürlich an jene Lockspitzel, die ehrliche, aber aufgeregte Menschen zu unbedachtsamen Handlungen verleiten, um einer herrschenden Clique den Grund zu Verhaftungen zu geben.

Die Hallesche Zeitung beginnt in übelster Hetzmanier die Vorgänge politisch auszuschlachten. Mit wachsender Phantasie braut sie ein ganzes Mordkomplott zusammen, das hier in Halle, dem „kommunistischen Hexenkessel", ausgeheckt worden sei. Grausen wird den deutschnationalen Spießbürger überlaufen, wenn er von dem „Revolutionstribunal nach russischem Muster" liest, dieser Revolutionsfeme, geschaffen, um eine Reahe führender Persönlichkeiten der gegnerischen Parteien zu ermorden. Das deutschnationale Lügenblatt weiß aber noch mehr: Bekannte Mitglieder der hiesigen U. S. P. sind an der Kommunistischen Partei ebenfalls interessiert. Vielleicht ist die allwissende Hallesche so freundlich, und teilt der Oeffentlichkeit mal die Namen unserer Genossen mit, denn diese dunklen Andeutungen sind sonst nur politische Brunnenvergiftung! Die Klatschbase in der Leipziger Straße schwafelt dann von zarten Beziehungen des Fräulein Hoffmann zum Genossen Ferchlandt. Ein anständiger Journalist würde sich schämen, in derartig niedriger Weise noch dazu völlig unwahre und aus der Luft gegriffene Hintertreppengeschichten zu kolportieren. Die Absicht der konservativen Presse liegt klar zutage: Man konstruiert Putsch- und Mordpläne, um die Notwendigkeit — blutiger Reaktion nach ungarischem Muster zu beweisen. Für die Arbeiterschaft aber ist gerade diese Absicht ein neuer Beweis dafür, wie recht die U. S. P. daran tut, wenn sie davor warnt, Gwalttaten zu propagieren und Putsche zu inszenieren. Der Ruf: Laßt euch nicht provozieren, hat mehr denn je Berechtigung! Die hiesigen Kommunisten, leichtgläubige und überspannte Schwärmer, ließen sich, falls die Beschuldigungen zutreffen sollten, anscheinend provozieren. Was aber nutzt ihre Handlungsweise der Revolution? Gar nichts! Was nutzt sie der Reaktion? Sie gibt ihr Gelegenheit, Fortschritte zu machen!

Wenn übrigens jetzt das heuchlerische Geschrei der bürgerlichen Presse über die kommunistischen „Mörder" anhebt, so gestatten wir uns heute die bescheidene Anfrage, wie es kommt, daß im Falle des Genossen Meseberg, wo es sich um prominende Persönlichkeiten handelt, noch gar nichts geschehen ist, während man hier auf einen bloßen Verdacht hin eine ganze Reihe von Leuten verhaftette? Es scheint, als ob man hier einen geeigneten Vorwand gefunden hat, um die Oeffentlichkeit von der nach wohlvorbereitetem Plan erfolgten Ermordung Mesebergs abzulenken. Wir werden demnächst nachweisen, mit welch schweigender Ungerechtigkeit hier mit zweierlei Maß gemessen wird.

* **Streik der Schneider und Schneiderinnen.** Die gestern, Montag, den 22. September, im Volkspark tagende Mitgliederversammlung des Verbands der Schneider beschäftigte sich mit den Verhandlungen in Cassel und dem dort gefällten Schiedsspruch. Entrüstet wurde das Angebot von 2.25 Mk. Stundenlohn zurückgewiesen und einstimmig der Beschluß gefaßt, von morgen, Dienstag früh, an die Arbeit ruhen zu lassen und in den Streik zu treten. Unser Streikbureau befindet sich Martinsberg 6.

* **Die Metallarbeiter-Vertrauensleute** haben heute abend nach Schluß der Funktionärsitzung und vor Beginn unserer Mitgliederversammlung eine kurze wichtige Besprechung.

* **Auch für die Lehrlinge die achtstündige Arbeitszeit!** Vom Arbeiterrat wird uns geschrieben: Tagtäglich werden uns Beschwerden überbracht, daß bei Handwerksmeistern beschäftigte Lehrlinge 10 und 11 Stunden arbeiten, dann noch Ueberstunden und häusliche Arbeiten verrichten müssen. Wir machen an dieser Stelle darauf aufmerksam, daß das unstatthaft ist. Auch die Lehrlinge haben achtstündige Arbeitszeit. Ebenso muß ihnen die nötige Essenspause gewährt werden. Ferner bemerken wir noch, daß den Lehrlingen ein den heutigen Teuerungsverhältnissen entsprechender Lohn gewährt werden muß. Ein Lohn von etwa wöchentlich 4,50 Mk. entspricht keineswegs den jetzigen Verhältnissen. Es wird der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß dieser Hinweis genügen wird, um weitere Maßnahmen zu vermeiden, andernfalls hier die Gewerbeinspektion bezüglich Regelung dieser brennenden Frage einschreiten müßte. — Wir hegen allerdings die Hoffnung nicht, daß die Unternehmer freiwillig die Ausbeutung der Lehrlinge aufgeben werden.

* **Heraus mit den Heeres-Fahrrädern und Heeres-Fahrradreifen!** Einstimmig hat der Bundestag des Arbeiter-Radfahrerbundes Solidarität in Würzburg folgende Entschließung angenommen: „Der Bundestag fordert vom Reichswirtschaftsministerium und den Verwertungsstellen für Heeresgut die Ueberweisung der noch im Heeresbesitz befindlichen Fahrräder und Fahrradbereifungen an die Arbeiterradfahrer-Vereinigungen und deren Einkaufsgenossenschaften sowie an die Arbeiter-Konsumvereine. Der Bundestag fordert weiter, daß die Staatsbehörden sofort die notwendigen Maßnahmen treffen, um ein Verschieben der Fahrräder und Bereifungen zu Wucherzwecken zu verhindern." — Von den Behörden wird immer behauptet, Fahrräder und Reifen seien nur in geringen Mengen übriggeblien und könnten nicht mehr abgegeben werden. Am 15. August schrieb aber eine Fahrradhändler-Zeitschrift: „Es müssen ganz bestimmt gewaltige Mengen vorhanden sein, und es ist geradezu als ein Skandal zu bezeichnen, daß das Reichsverwertungsamt nicht sofort deren Ueberführung an die Bevölkerung veranlaßt hat." Die Fahrradhändler erstreben Uebergabe der Bestände an ihre Organisationen und es haben einige Fahrradhändler schon eine Besichtigung des Fahrradteilelagers der Gewehrfabrik Spandau vorgenommen. Wir fordern von der Regierung, daß sie zuerst die Interessen der Verbraucher, vornehmlich der radfahrenden Arbeiterschaft, berücksichtigt.

* **Ein Merkblatt für die heimkehrenden Kriegsgefangenen.** In diesen Tagen hat endlich nach langer, harter Wartezeit der regelmäßige Rückstrom unserer Kriegsgefangenen zunächst aus den amerikanischen und englischen Lagern in die Heimat eingesetzt, dem hoffentlich nach Ratifikation des Versailler Vertrages durch das französische Parlament derjenige aus den französischen Lagern unverzüglich folgen wird. Bei den meisten der Heimkehrenden wird sich freilich in das Gefühl der Freude eine gewisse Enttäuschung mischen, denn sie alle hofften in eine Heimat zurückzukehren, in der die Worte Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit zur Wahrheit geworden seien. Die Heimkehrenden kommen zunächst in Durchgangslager, von wo aus sie entlassen oder beurlaubt werden. Das soll eine Vorsichtsmaßregel gegen die Einschleppung von Krankheiten, auch sollen Erkrankte sofort in ärztliche Behandlung übergeben werden. In den Durchgangslagern werden die Heimkehrenden mit der nötigen Zivilkleidung versehen und die in ihrem Besitz befindlichen ausländischen Werte zu einem günstigen Kurse in deutsche umgewechselt. An Gebührnissen erhalten Offiziere das Friedensgehalt ihres Dienstgrades, Wohnungsgeldzuschuß und Teuerungszulage vom 1. des Monats ab, an welchem sie die Landgrenze überschritten haben. Unteroffiziere und Mannschaften erhalten vom ersten Tage des Monatsdrittels ab, in welchem sie die Landgrenze des sie gefangengehaltenen Staates überschritten haben, Friedenslöhnung einschließlich Teuerungszulage bis zu ihrer Entlassung, außerdem noch 50 Mk. Entlassungsgeld. An Offiziere und Mannschaften werden bei der Entlassung weiter für 56 Tage die vollen Gebührnisse gezahlt. Jeder Unteroffizier und Mann erhält einen vollständigen Zivilanzug. Alle Heimkehrenden erhalten das Merkblatt gratis ausgehändigt, Interessenten können es zum Preise von 20 Pf. vom Unterkunfts-Departement der Reichsbefehlsstelle Preußen haben.

M* **Steuerzahlung.** Wie der Magistrat uns mitteilt, hat die Erhebung der Staats- und Gemeindesteuern durch die städtischen Steuererheber begonnen. Wegen der erheblichen Verzögerung der Veranlagung muß jetzt die Steuer für April/September 1919 erhoben werden. Es wird ersucht, die fälligen Steuerbeträge bereit zu halten. Soweit Umbuchung auf städtische Konten bei Bankhäusern und beim Postscheckamt Leipzig (Nr. 35 200) beantragt worden ist, wird baldige entsprechende Auffüllung des Guthabens bis auf den Betrag der fällig gewordenen Steuern empfohlen. — Es wird manchem schwer fallen, nun auf einmal die Steuersumme für ein halbes Jahr aufzubringen. Konnte man nicht die Erhebung auf einige Monate verteilen?

* **Wohnungsscheine** müssen sich in dieser Woche die Einwohner von Halle, die noch keinen solchen besitzen und deren Familienname mit den Buchstaben T bis Z beginnen, in den zuständigen Reviermeldestellen ausstellen lassen.

* **Stadttheater.** Heute, Dienstag, wird Hannerl wiederholt. Mittwoch gelangt Meyerbeers Oper Die Hugenotten in der bereits bekanntgegebenen Besetzung zur Aufführung. Donnerstag Zar und Zimmermann, Freitag Der Erbförster, Sonnabend Egmont, Sonntag nachmittag Volksvorstellung Flachsmann als Erzieher, Sonntag abend Die Hugenotten.

* **Heydrichs Konservatorium für Musik und Theater.** Das Schlußkonzert des 20. Schuljahres findet am Freitag, den 26. September, im Saale der Loge zu den fünf Türmen statt und bringt ausgewählte Werke für Chor und Orchester, Solo- und Ensemble-Gesang, Violine und zwei und drei Klaviere. In die Ausführung des Programms teilen sich Lehrer und reifere Schüler der Anstalt. Eintrittskarten sind von Montag an im Konservatorium sowie in den Musikalienhandlungen von Hothan und Koch erhältlich.

* **Schüler Schwindel-Hartungs.** Das Garnisonkommando ersucht uns um Aufnahme folgender Warnung vor Schwindlern. Auf Grund von gefälschten Ausweisen versuchen zurzeit mehrere Schwindler bei Behörden und Fürsorgestellen Geld zu erschwindeln und Unterstützung zu erlangen. Die Ausweise tragen einen ungewöhnlich großen Stempel „Zentrale für Austauschgefangene Bremen". Der Hauptschwindler wird wie folgt beschrieben: Hinkender Gang, lockeres Gebiß, etwa 30 Jahre alt und tritt meistens als Vizewachtmeister auf. — Ganz wie der „Vize"-Hartung, der Liebling des Hallischen Bürgertums.

Vereins- und Vergnügungs-Anzeiger.

Freie Jugend. Heute abend Zusammenkunft im Volkspark und in der Konsumhalle, Bertramstraße.

Stenotachygraphischer Unterrichtskursus. Mittwoch abend 8 Uhr Gewerkschaftshaus. Teilnehmer werden noch angenommen.

U.T.-Lichtspiele, Leipzigerstraße 88. Vendetta. [illegible] Schauspiel aus den korsischen Bergen ist der Titel eines neuen Bola-Negri-Films in 5 spannenden Akten, der einen romantischen Stoff behandelt. Ein urkomisches Lustspiel Der Tausendkünstler sorgt für den heiteren Teil des Abends.

Cumberland-Abend. Vielfachen Wünschen nachgebend, hat sich der erfolgreiche Psychologe Cumberland entschlossen, am Mittwoch, den 1. Oktober, im Mozartsaal einen Kammer-Experimentalabend zu veranstalten, bei welchem einem auserlesenen, interessierten Publikum neue, in Deutschland noch nie gesehene Wachsuggestions- und hypnotische Experimente, u. a. das Tanzmedium, vorgeführt werden

Kanena. Arbeitersänger. Diejenigen Genossen und Genossinnen, die gewillt sind, eine Arbeiter-Liedertafel für Kanena mitzugründen, werden ersucht, sich am Mittwoch, den 24. September, abends 8 Uhr, im Restaurant Reyer einzufinden.

Amtliche Wetteransage.

Mittwoch, den 24. September: Meist trübe, milder, zeitweise Regen.

Aus der Provinz.

Das Wohnungswesen auf dem Lande.

In Berlin fand dieser Tage eine Versammlung von Kleinstadtlehrern statt, in der u. a. auch die Wohnungsverhältnisse auf dem Lande erörtert wurden. Die Dienstwohnungen sind, so hieß es, recht oft ungenügend, weil die Aufsichtsbehörde sich zu wenig darum kümmere und die ländlichen Schulunterhaltspflichtigen selten freiwillig besserten. Das läßt uns schon vermuten, wie traurig es erst mit den proletarischen Landwohnungen bestellt ist.

Einen genaueren Einblick in die Jämmerlichkeit dieser Verhältnisse gewähren uns die Berichte über das Gesundheitswesen, die von den Medizinalabteilungen der Ministerien herausgegeben werden. Immer wieder ist da von den schlimmsten Mißständen die Rede. Besonders traurig liegen die ländlichen Wohnungsverhältnisse natürlich im Osten. So sind auf einem Rittergute im Kreise Wirsitz, so heißt es, 40 Familien genötigt gewesen, ihre Notdurft im Freien zu verrichten! Das zeigt uns, was man Arbeitern anzubieten gewagt hat. Aber auch wenn Bauordnungen und Wohnungsämtern geschaffen wurden, so sind sie oft so kümmerlich, daß sie praktisch fast wertlos sind. So verlangt man vielfach nur acht Kubikmeter Luftraum für einen Erwachsenen und 4 Kubikmeter für ein Kind unter 14 Jahren. Dabei hat man schon seit Jahrzehnten für die Zuchthäusler 10 Kubikmeter als Minimum anerkannt, da dieser Satz auch von der Wissenschaft als Luftminimum festgesetzt wurde. Rubner, einer der bedeutendsten Fachgelehrten auf diesem Gebiete, hält dieses Minimum sogar noch für viel zu gering. Aber selbst dieser Mindestraum steht nach Rubner 40 Proz. der Bevölkerung noch nicht zur Verfügung. Und dabei spielt das Land eine große Rolle.

Es fehlt auch so oft noch an gesetzlichen Handhaben zur Durchführung des Notwendigen. So sind z. B. die Schlafräume oft wohl schlecht, doch „geben sie zum polizeilichen Einschreiten keinen direkten Anlaß".

Der Landrat von Delitzsch hat vor einigen Jahren einmal eine Verfügung erlassen, nach der ausländische Arbeiter nur dann gehalten werden dürfen, wenn die Unterkunftsräume vom Kreisarzte als gut befunden worden sind. Es ist traurig, daß man deutschen Arbeitern solch unwürdige Unterkunftsräume noch anzubieten wagt. Es ist die Aufgabe unserer Genossen auf dem Lande, im Sinne einer Besserung dieser jämmerlichen Mißstände zu wirken.

Nebra. Nutzlose Wasserkraft. Vor zirka 15 Jahren ist die hiesige Stadtmühle, welche durch die Wasserkraft der Unstrut betrieben wurde, niedergebrannt. Der damalige Besitzer baute sie wieder auf aber nach Vollendung des Rohbaues machte er bankerott. Der hiesige Rittergutsbesitzer v. Helldorf kaufte die Mühle, bis heute ist aber nichts daran getan worden, um den Bau zu vollenden und die Wasserkraft auszunutzen. 15 Jahre fließt die Kraft schon nutzlos vorbei. Jetzt in der Zeit der Kohlennot wird vom Landrat und von der Regierung kein Schritt unternommen, um den Besitzer anzuhalten, die Wasserkraft auszunutzen. An Geld fehlt es den Herrn doch wirklich nicht; wenn es nur hieße Ortswehren zu gründen oder gegen die Revolution zu schüren, da würde man schnell Hand anlegen. Durch den nicht ausgebauten Rohbau wird das Stadtbild sehr beeinträchtigt, denn das Gebäude liegt direkt am Stadteingange und mancher Reisende hat sich schon darüber gewundert, wie es möglich ist, daß in dieser Zeit so ein Gebäude leer steht. Aber unser Städtchen ist, weil es gar keine Industrie hat, zu arm, um etwas daran zu ändern. Hoffentlich ist die Zeit nicht mehr fern, in der das Rittergut der Stadt einverleibt wird, wodurch auch die Kaliwerke ins Bereich der Stadt kommen. Jetzt zahlt der Herr v. Helldorf eine Beihilfe von 5000 Mk. jährlich an die Stadt; was aber würde er zahlen, wenn seine Besitzungen mit den darauf befindlichen Kaliwerken zur Stadt gehörte!

Belgern. Kommunale Konferenz. Die heute hier tagende Versammlung der Gemeindevertreter-, Kreistags- und Stadtverordneten des Kreises Torgau, war wegen des Regenwetters nicht sehr stark besucht. Genosse Oelßner sprach von den Aufgaben der Sozialdemokratie innerhalb der Gemeinden. Die Uebernahme der Erzeugung und Verteilung durch die Bezirksverbände muß durch Ausschaltung der Einzelunternehmer zugunsten der Gemeindemitglieder erfolgen. Genosse Zickert rügte das Verhalten der Kreistagsabgeordneten bei der Landratswahl. In der darauffolgenden Aussprache sind die Anwesenden aber darüber einig, daß von den Kreistagsabgeordneten nichts unternommen ist, was gegen die Arbeit der U. S. P. gerichtet sei. Genosse Wolfram empfiehlt den Genossen, mit der Kritik unter sich etwas zurückhaltend zu sein, dafür aber um so mehr tätig zu sein zur Werbung von neuen Mitgliedern innerhalb kleiner Parteigruppen in den Landbezirken, um so die Stimmenmehrheit in den Gemeindeparlamenten zu garantieren. Im Nordwesten, im Westen und im Süden des Kreises Torgau sei fast keine Parteiorganisation. Aus den Bezirken im Westen und Nordwesten ist nur der Genosse Holzweißig zum Kreistage gewählt worden, denn die Agrarier haben in diesen Bezirken noch fast unbeschränkte Macht. Es wird vereinbart, die nächste Besprechung wieder in Torgau stattfinden zu lassen.

Aus den Gerichtssälen.

Landgericht.

Die Plündererprozesse nehmen kein Ende. Wie leicht Menschen ins Unglück kommen, zeigten wieder zwei Verhandlungen vor dem Landgericht. Drei Frauen saßen auf der Anklagebank wegen Hehlerei bzw. Begünstigung. Der Ehemann der Angeklagten K. traf am Morgen des 3. März mit einem Reisekorb voll Sachen seine Frau. Er forderte seine Frau auf, am Korb anzufassen. Sie brachten, ohne daß die Frau wußte, was drin war, den Korb zur Schwägerin und stellten ihn dort auf den Boden des der Angeklagten B. gehörigen Hauses. Der Ehemann K. ist bereits zu längerer Zuchthausstrafe wegen Plünderns verurteilt. Nun geht die Frau noch in den Kerker, weil sie ihrem Mann beim Korbtragen behilflich war, und die andern beiden Angeklagten extra noch wegen Hehlerei, weil sie verschiedene Sachen von dem K. erhalten haben. Das Urteil lautete: 3 Monate für die Angeklagte K., 9 Monate für die Angeklagten R. und B. — Ein junges unbescholtenes Mädchen erhielt von ihrem Bräutigam einen Ueberzieher zum Aufbewahren Er sagte ihr nicht, daß der Mantel vom Plündern herrühre. Das Mädchen erhielt 2 Wochen Gefängnis.

Ein Hausbesitzer als Plünderer. Wie ungerechtfertigt der Vorwurf ist, daß nur die Arbeiter geplündert haben, bewies die Verhandlung vor der Strafkammer gegen den Maurer und Hausbesitzer P. Richter nebst seiner Frau und beiden Töchtern. Am Abend des 2. März hat es den Richter nicht mehr daheim gelitten, er hat sich mitten unter die Plünderer gemischt und dort „ganz

Geschlossen bleiben unsere Geschäftsräume Feiertags halber **Donnerstag, den 25. Sept.** Brummer & Benjamin, Große Ulrichstraße 22/23.

4459

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219190923-12/fragment/page=0007

zufällig einen Handwagen mit Plündererqut herrenlos dastehen sehen", den er dann „ganz ahnungslos weggefahren" hat. Die übrige Familie folgte seinen Spuren und sie sind denn auch von Zeugen gesehen worden, wie sie einen Handwagen schoben und die Beute heimbrachten. Richter wollte eine Kaution stellen, die natürlich abgelehnt wurde. Wegen Landfriedensbruchs wurde Richter zu 1½ Jahren und wegen Fundunterschlagung Frau Richter zu einem Jahre und die beiden Töchter zu je 3 Monaten Gefängnis verurteilt.

Die Erstürmung des Kirchtorgefängnisses. Das Urteil gegen den Arbeiter S. und den Kutscher Sch. zeigt, daß die Herrschenden sich an denen rächen, die es gewagt haben, wenn auch nur auf kurze Zeit, die bürgerlichen Gewaltinstrumente in ihre Hände zu nehmen. In der Nacht vom 3. März sind bekanntlich die Inhaftierten am Kirchtor von unter Führung des Lockspitzels Krauß stehenden Bewaffneten befreit worden. Den Angeklagten wurde zur Last gelegt, an der Befreiung mitgewirkt zu haben. Die Verhandlung, worin zwölf Zeugen auftraten, zeigte folgenden Sachverhalt: S. hatte am Abend des 3. März den dann später erschossenen Schröder getroffen, in dessen Wohnung gezecht und sie waren dann im Beisein von Sch. den Schleifweg entlanggegangen. Hier hat sich ihnen ein Unbekannter zugesellt und sie aufgefordert, die Gefangenen mit zu befreien. Die beiden Angeklagten lehnten ab, nur Schröder erklärte sich dazu bereit. Auf der gegenüberliegenden Seite haben S. und Sch. die Vorgänge am Kirchtor beobachtet, und sind dann bei dem Heraustreten der Gefangenen in die Nähe des Tores gekommen. Mit zwei der befreiten Mädchen sind sie dann heimgegangen. Kein Zeuge konnte beweisen, daß die Angeklagten das Gefängnis betreten haben. Der Staatsanwalt hob hervor, daß es gleichgültig sei, ob sich die beiden aktiv beteiligt hätten. Sie wären jedenfalls in einer Menschenmenge gewesen, die den Zweck hatte, an der Befreiung der Gefangenen mitzuwirken und hätten sich somit des Landfriedensbruchs schuldig gemacht. Die Strafkammer folgte dem Staatsanwalt und erkannte wegen Landfriedensbruchs auf je ein Jahr Gefängnis.

Erfolgreiche Revision. Erfolg mit seiner Revision hatte der Arbeiter F. Er war wegen Landfriedensbruchs und Hehlerei zu vier Monaten Gefängnis verurteilt und hatte gegen dieses Urteil Berufung eingelegt. Das Reichsgericht wies die Sache zurück an das Landgericht, weshalb nochmalige Verhandlung stattfand. Die Zeugen bekundeten einwandfrei seine Unschuld, so daß der Staatsanwalt selbst Freisprechung beantragte. F. wurde dann auch freigesprochen.

Schwurgericht.

Mit Plünderungsprozessen beschäftigte sich auch die gestrige erste Verhandlung der neuen Schwurgerichtsperiode. Die Märztage haben den Hallischen Gerichten so viel Arbeit gebracht, daß man den Unwillen des Staatsanwalts darüber verstehen kann, daß bereits fünf Schwurgerichtsperioden sich mit den „ungeheuer empörenden Vorgängen" beschäftigen mußten und noch viel zu beschäftigen haben. Das Interesse unserer Leser über Plünderungsprozesse ist bereits so weit beansprucht worden, daß wir uns mit einer kurzen Skizzierung begnügen können. Die 25jährige Bergarbeiterin St. aus Halle ist geständig, am 6. März aus dem Proviantamt zehn Pfund Pökelfleisch gestohlen zu haben. Unter Zubilligung mildernder Umstände erkannte das Gericht wegen schweren Landfriedensbruchs auf ein Jahr Gefängnis. — Der Schmied W. K. aus Halle will in der Nacht vom 3. März, von seiner Verlobung kommend, aus der Weinhandlung von Pottel u. Broskowsky von einem Soldaten freundlich eingeladen worden sein, eine Kiste mit 25 Flaschen Wein sich anzueignen. Die Verhandlung rollte eines der bekannten Elendsbilder auf und zeigte die schmutzige Kehrseite eines zerrütteten Ehelebens: Der Mann ein Trinker, Verbrecher, Verwahrlosung der Kinder, Fürsorgeanstalt usw. Die schweren Klagen des Herrn Broskowsky über den unbeschreiblichen Vandalismus der Plünderer in seinem Geschäftshaus, der ihm 650 000 Mark Schaden gebracht habe, sind ohne weiteres berechtigt. Er muß aber den Ursachen nachgehen, die jene irregeführten Menschen zu solch verächtlichem Tun veranlaßt haben. Eine Gesellschaft, die 4½ Jahre Mord, Plünderung und ähnliche Vergehen als den Ausdruck ihrer höchsten sittlichen Kräfte gepriesen hat, braucht sich wahrlich nicht zu verwundern, wenn besonders die Eigentumsbegriffe durcheinander geworfen werden. Der Staatsanwalt hat die Auffassung, daß solche verbrecherische Neigungen, die trotz schwerer Vorstrafen sich immer wieder durchsetzen, mit der vollen Härte des Gesetzes bekämpft werden müssen. Uns erscheint dagegen die Auffassung der Verteidigung klar genug, daß Produkte einer schlechten Erziehung und gar Vererbung nicht hinter Zuchthausmauern geheilt werden können. Das Gericht erkannte, mit Rücksicht auf die schweren Vorstrafen, auf drei Jahre Zuchthaus.

ADLER

Vorzüglichste Nähmaschine

Nähmaschinen in Friedensausstattung, auf Wunsch leichtere Zahlungs-Bedingungen. **Karl Möller,** 4211 **Schmeerstraße 1** :: **Fernruf 6323.** ::

Walhalla-Operetten-Theater
Abends ½8 Uhr: 4451
Schwarzwaldmädel
Kasse 10-1½ u. 4-6 Uhr.

Nur 3 Tage 3
Der Meisterdetektiv **Max Landa** in seinem Abenteuer:
Der lebende Schatten.
4 spannende Akte. **4**
Sensation auf Sensation.

Der Blondinen-Onkel.
Reizendes Lustspiel. 3 Akte.
Orpheum,
12 Steinweg 12.
4458

Geschlechtsleiden können geheilt u. verhütet werden. Auskunft unter „Leben u. Gesundheit 6" Berlin SW. 13 postl. *2900

Lumpen, Wolle, Neutuch Kaninchenfelle, Papier kauft zu höchsten Tagespr. u. holt auf Wunsch ab 2292 Ludwig, Schwetschkestr. 14.

+ Gummi- + waren, in best. Friedensqualität, erhalten Sie bei **Speer,** Große Ulrichstraße 63, gegenüber Arnold & Troitzsch.

+ Zahn- + Plättchen, -Bürsten, Handwaschbürsten kaufen Sie in best. Qualität bei **Speer,** Große Ulrichstraße 63, gegenüber Arnold & Troitzsch.

+ Bandagen + aller Art erhalten Sie in Ia. Qualität bei 4039 **Speer,** Große Ulrichstraße 63, gegenüber Arnold & Troitzsch.

Allg. Konsumverein Halle u. Umg.
E. G. m. b. H.
Montag, den 29. September 1919, abends ½8 Uhr, im Volkspark, Burgstraße 27:
Generalversammlung.
Tagesordnung:
1. Bericht des Vorstandes über das Geschäftsjahr 1918/19, Revisionsbericht des Aufsichtsrates, Genehmigung der Bilanz und Entlastung des Vorstandes.
2. Wahl von fünf Aufsichtsratsmitgliedern und zwei Ersatzmännern. 4450
3. Anträge der Mitglieder.

Der Aufsichtsrat: J. A.: H. Wolf. J. Hennicke.
Zutritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches.

:: Konzert-Direktion :: Siegfried Kummerehl.
Mozartsaal, Mittwoch, den 1. Oktober, abends 8 Uhr:
4458 **Cumberland mit seinem Tanzmedium!**
Neue Wachsuggestionen.
Karten zu Mk. 5.10, 4.10, 3.10 bei H. Hothan.

Scheffelbrot darf wegen seiner Güte in keinem Haushalte fehlen! 4033

Dauerwäsche, Papier-Stoff-Wäsche in allen Formen und Weiten wieder lieferbar.
A. Schumann, Gummiwaren-Spezialgeschäft und -Versandhaus, 4454
Steinweg 46/47.

Schlacken-Abgabe.
Die auf unserem Gaswerk, Holzplatz 7, lagernden Schlacken können sofort kostenlos abgegeben werden.
*2910 **Die Verwaltung der städt. Gas- und Wasserwerke.**

Alle Parteischriften empf. d. Volksbuchhandlung.

Aufruf!
Welcher Kamerad oder Angehörige vom **Res.-Inf.-Regt. 23, 1. Komp.,** kann mir Auskunft geben über meinen Mann, den
Vizefeldw. Karl Heide,
vermißt seit 4. November 1918. Alle Unkosten will ich gern tragen. *2905
Frau Heide, Krumpa bei Lützkendorf.

Möbel!
Ein größerer Posten **neue Kleiderschränke** 125 Mk.
Vertiko, Ausziehtische, Steg- u. einfache Tische, Stühle mit und ohne Rohrsitz, Plüsch- und Stoffsofa, Garnituren, Schreibtische, nußbaum
Speisezimmer (neu) von 950 Mk.
Vollständige **Schlafzimmer** mit echtem Marmor,
Küchen-Einrichtungen verkauft 4457
Friedrich Pelleke Geiststraße 25.

Verkaufe einige Zentner **Aepfel u. Birnen** gute Winterware, *2906 auch **Küchenäpfel.**
Ww. Bughardt, Kreisfeld, Triftweg 113.

Pfänder nach dem Leihamte besorgt diskret 4425 **Frau Lutze,** Mühlberg 3 parterre links. Vorschuß jederzeit. Zu sprechen von 2—8 Uhr.

Kochherde, Grudeöfen, 4433 Gaskocher-Tische in allen Größen verkauft **Karl Feustel, Schlossermstr.,** Jakobstraße 31.

1 Paar helle, elegante Stiefeln, 1 schwarz. Rock, 2 Kinder-Matrosenmützen zu verk. 4432 Hertel, Gütchenstr. 12 I.

Arbeitsmarkt

Gesucht werden 2 Küchenmädchen und **1 Zigarrenverkäuferin**
Hotel Hohenzollernhof, Magdeburgerstr. 65. 4339

Maurer, Zimmerleute und Zementeure stellen ein 4428
Wayss & Freytag A.-G., Beyschlagstr. 27.

Maurer *2904 werden eingestellt. Zu melden beim Polier Budig, Schulbau Canena.

Dauer-Batterie, 4455 beste Qualität, **1,75 Mk.**
Sobel, Steinweg 45. Gr. Ulrichstr. 9. Reilstr. 1. Ammendorf Bahnhofstr. 3

Zahle dopp. bis 4 fach Gold Silber Platin Münzen Brillanten Uhren, Schmucksachen. **Unger, Gr. Steinstr. 85.** 4456

Max Schultze Halle (Saale) Moritzzwinger Nr. 3 **kauft**
kleinste sowie grösste Posten:
gelbe Erbsen Pfd. f. 1,30 M.
grüne Erbsen „ „ 1,30 „
weiße Bohnen „ „ 1,40 „
grüne Linsen „ „ 1,40 „
getr. Kümmel „ „ 1,45 „
Meiner alten Landkundschaft, insbesondere den Drescherfamilien, welche Hülsenfrüchte als Deputat erhalten, sei diese Verkaufsmöglichkeit besonders empfohlen. 4443

Hüte 4431 in allen Preislagen am Lager, sowie sämtliche Zutaten. Alte Hüte werden auf neueste Form preiswert umgearbeitet. **E. Schlippe,** Zwingerstraße 11 I.

Samt- 4436 u. weiße Stoff-, Schnür- u. Spangenschuhe werden prompt u. billig bei Stoffbelieferung angefertigt, m. Ledersohlen, Paar 28 Mk. **K. Starke,** Fischerplan 4, 1 Tr.

*2902 **Aufklärung!** für Frauen und denkende Eheleute bieten uns. Prospekte u. Broschüren über Empfängnis, Ansteckung, weißen Fluß usw., keine Gummiartikel. In allen Ländern patent.-amtl. geschützt, millionenfach bewährt, von vielen Frauenärzten u. Prof. begutachtet u. empf. Gegen 50 Pf. in Briefmarken zu bezieh. nur vom Versandh. **Orkus,** Abt. 10, Breslau 23.

Mädchenrad ohne Gummi, 2 Fahrräder mit Bereifung zu verkaufen. 4426 Hennicke, Kl. Ulrichstr. 15.

Arbeitsburschen, jüngeren Arbeiter oder Invaliden, der mit Pferd umgeh. k., sucht sofort 4427 **Paul Creuzmann,** Talstraße 2. Zu melden 6—7 Uhr abds.

Zitherspieler gesucht. 4448 **Weinstube Erdener Treppchen,** Kleine Klausstrasse 7.

*2188 **Möbel-Transporte** sowie **Speditionsfuhren** führt sachgemäß aus **Alb. Ackermann,** Thomasiusstr. 15. Tel. 5643

Stadttheater. Mittwoch, den 24. Septbr., Anfg. 7½, Ende 11 Uhr: **Die Hugenotten.** Donnerstag: 4434 **Zar und Zimmermann**

Zum Landhaus. Merseburger. Str. 95. Mittwoch *2909 **Oeffentlicher Ball.**

Ausgekämmte Frauenhaare Kilo 25 Mk. Merseburger Str. 103, II., Reinicke. *2908

Apollo-Theater. Täglich abds. 7½ Uhr: **Wie einst im Mai,** Operette v. W. Kollo. Vorverk. 9-1 u. 5-½7.

5 Mtr. fester Stoff und 1 Paar fast neue Schaftstiefeln billig zu verk. 4439 Reideburger Str. 3 I. r.

Bauschule Rastede (Oldbg.) Meister-u. Polierkurse Ausführl. Progr. frei. *1728

Der Arbeiter-Rat.
Organ der Arbeiterräte Deutschlands.
Erscheint jede Woche.
Einzelheft 75 Pfg. Vierteljahr 7.20 Mk.
Jedes Arbeiterrats-Mitglied, jeder Arbeiterrat, muß diese Zeitschrift halten, da dies die einzige aktuelle Zeitschrift in diesem Sinne ist.
Bestellungen nehmen alle Austräger des Volksblattes entgegen, oder direkt zu beziehen durch die
Volksbuchhandlung, Halle a. S., Harz 42/44.

Vereins-Anzeiger
Erscheint jeden Dienstag und Freitag. :: Jahresbeitrag 10 Mk. jede Zeile.

Halle (Saale).

Arbeiter-Sänger-Chor Mittwoch, d. 24. Septbr., abends 8 Uhr, im Volkspark: Singestunde.

Frauen- und Mädchenchor. Dienstag, 9 Uhr, im Volkspark: Singestunde.

Turnverein Fichte. Oberrealschule, Staudestr.: Dienst. u. Freitag 8-10 U., Turnerinnen: Mittw. 8-10. Johannesschule, Liebenauerstr.: Montag und Donnerstag 7-9 Uhr. Sandanger: Sonntag 8-11. Sonntag, den 28. Sept.: Ausflug nach Ammendorf zum Fußball-Wettspiel. Abf.: 2 Uhr v. Riebeckplatz.

Touristen-Verein „Die Naturfreunde" Donnerstag, d. 25. Sept., abends 7 Uhr, im Stadtheim, Kleiner Berlin 1: Vortrag. Sonntag, den 28. Sept.: Wanderung in das Selketal. Abf.: Früh 4.18 Uhr bis Ballenstedt.

Arb.-Samariter-Kol. Halle Jeden Freitag nach dem 1. und 15. Uebungsstunde in der „Goldenen Kette".

Mandolinen-Zirkel Frohsinn Halle (S.) Jeden Dienstag und Freitag: Uebungsstunden im Restaurant z. Plauderecke Augustastraße. Jeden Freitag nach dem 1. u. 15. eines jed. Monats: Vereinsabend daselbst.

I. Hallesches Mandolinen-Orchester Gegr. 1908. (Espana). Gegr. 1908. Verein z. Pflege nur guter Mandol.- u. Lautenmusik. Uebungsst.: Jed. Freitag, abends 8 Uhr, in Borks Restaur., Kurze Gasse 1.

I. Athletenklub von 1890 in Halle a. d. Saale. Vereinslok.: Gold. Kette. Sonnab. Uebungsstunde. Jeden Sonnabend nach dem 1.: Versammlung.

Kröllwitz.

Arbeiter-Bildungs-Verein, Kröllwitz. Vereinslokal: Lindenhof. Gesangs-Abteilung: Jed. Donnerstag 8-10 Uhr. Dramatische Abteilung: Jeden Mittwoch 8-10 Uhr. Turn-Abteilung: Dienstag u. Freitag 8-10 U. Wander- u. Mandolin-Abteilung: Für Mädchen: Mittwoch ½8-½10 Uhr. Für Burschen: Donnerstag ½8-½10 U. Bibliothek: Donnerstag v. 8-10 Uhr.

Ammendorf.

Arbeiter-Gesang-Verein Ammendorf u. Umgegend. Dienstag, d. 23. Septbr., abends ½9 Uhr in Teichmanns Restaurant: — Singestunde. — Der Vorstand.

Merseburg.

Gewerkschafts-Kartell Merseburg. Jeden 1. Donnerstag im Monat, abds. 7½ Uhr: Sitzung im „Thüringer Hof". Der Vorstand.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219190923-12/fragment/page=0008
DFG